



STATISTISCHE  
MONATSHEFTE  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

---

Inhaltsverzeichnis 1977

29. Jahrgang

- A. Grafik des Monats
- B. Titelverzeichnis
- C. Schlagwortverzeichnis

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

Statistisches Landesamt  
Schleswig-Holstein  
Vereinnahmt  
in der Bücherkartei  
Sign. U-1-b-1/3  
Kiel, den 19.4.1978, *Erichsen*

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

## A. GRAFIK DES MONATS

	Heft
Handelsschiffe unter deutscher Flagge (Seeschiffe)	1
Einkommen, Löhne, Ausgaben und Verbraucherpreise 1970 bis 1975	5
Landeshaushalt 1977	6
Fremdenbetten in Schleswig-Holstein	8
Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen 1971 und 1974	9
Güterumschlag der Häfen Schleswig-Holsteins 1976	11/12

## B. TITELVERZEICHNIS

	Heft/Seite		Heft/Seite
Abwasserbeseitigung; Wasserversorgung und – bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	1/15	Ausländer in Schleswig-Holstein	2/22
Agrarerzeugnisse; Erzeugerpreise für – 1976	5/102	Baugewerbe; Die Unternehmen im – und ihre Investitionen 1975	2/28
Anbau(s) und (der) Erträge des Marktfruchtbaus; Die Entwicklung des – in den Naturräumen Schleswig-Holsteins	11/214	Bauhauptgewerbe; Methodische Aspekte der monatlichen Berichterstattung im –	7/141

	Heft/Seite		Heft/Seite
Bautätigkeit; Nachhaltiger Wandel der –	10/203	Investitionen; Die Unternehmen im Baugewerbe und ihre – 1975	2/28
Beherbergungskapazität; Die – für den Fremdenverkehr	8/157		
Beschäftigtenstatistik; Die neue –		Lehrerausbildung an den Seminaren	11/228
Teil 1: Konzept	5/86	Lehrernachwuchs	10/190
Teil 2: Ergebnisse	8/150	Lohnsteuerpflichtige; Die –n und ihre Bruttolöhne 1974	9/177
Betriebe; Zum Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen –	10/198		
Bruttolöhne; Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre – 1974	9/177		
Bundestagswahl; Die – am 3. Oktober 1976		Marktfruchtbau(s) in den Naturräumen; Die Entwicklung des Anbaus und der Erträge des – Schleswig-Holsteins	11/214
Teil 3: Regionale Ergebnisse	1/3		
Teil 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	1/7		
		Produzierendes Gewerbe; Die Reform der Statistiken im –	9/170
Düngeraufwand; Entwicklung des Handels–es	7/136		
Einzelhandel	11/231	Schleswig-Holstein im Jahre 1976	
Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen Betriebe; Zum –	10/198	Teil 1	3/34
Erzeugerpreise für Agrarerzeugnisse 1976	5/102	Teil 2	4/57
		Schülerprognosen; Skizzen regionaler –	2/18
		Sozialhilfekosten; Entwicklung der –	6/110
Fremdenverkehr; Die Beherbergungskapazität für den –	8/157	Straßen in Schleswig-Holstein	7/130
Gewerbe; Die Reform der Statistiken im Produzierenden –	9/170	Unternehmen im Baugewerbe; Die – und ihre Investitionen 1975	2/28
Güter- und Personenverkehr; Langfristige Prognosen für den – in der Bundesrepublik Deutschland	11/221		
		Viehhaltung; Strukturelle und regionale Veränderungen in der –	5/98
Handelsdüngeraufwand; Entwicklung des –es	7/136		
Hochschulwechsel	5/92	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	1/15

## C. SCHLAGWORTVERZEICHNIS

	Heft/Seite		Heft/Seite
Abwasserbeseitigung	1/15	Lehrernachwuchs	10/190
Agrarberichterstattung	10/198	Lohnsteuer	9/177
Agrarerzeugnisse (Erzeugerpreise)	5/102		
Anbau (Marktfruchtbau)	11/214	Marktfruchtbau (Anbau, Erträge)	11/214
Ausländer	2/22		
Baufertigstellungen	10/203	Naturräume (Anbau, Erträge)	11/214
Baugenehmigungen	10/203		
Baugewerbe (Investitionen)	2/28	Preise (Agrarerzeugnisse)	5/102
Bauhauptgewerbe (Methode)	7/141	Produzierendes Gewerbe (Reform der Statistiken)	9/170
Bautätigkeit	10/203	Prognosen (Schüler)	2/18
Beherbergungskapazität	8/157		
Beschäftigtenstatistik			
Konzept	5/86	Rinderhaltung	5/98
Ergebnisse	8/150		
Bundestagswahl 1976	1/3, 1/7		
Düngemittel	7/136	Schleswig-Holstein im Jahre 1976	3/34, 4/57
		Schülerprognosen, Regionale	2/18
		Sozialhilfekosten	6/110
Einzelhandel	11/231	Steuern (Lohnsteuer)	9/177
Erträge (Marktfruchtbau)	11/214	Straßen	7/130
Erwerbscharakter landwirtschaftlicher Betriebe	10/198	Studenten	5/92
		Lehrernachwuchs	10/190
Fremdenbetten	8/157	Tiefbau (Auftragsvergaben)	10/203
Handelsdünger	7/136	Umsatz (Einzelhandel)	11/231
Hochschulwechsel	5/92	Umweltschutz	1/15
Industriestatistik (Reform)	9/170	Verkehrsprognosen	11/221
Investitionen (Baugewerbe)	2/28	Viehhaltung	5/98
		Vorausrechnungen (Verkehr)	11/221
Jahresüberblick 1976 (Schleswig-Holstein)	3/34, 4/57		
		Wahlen (1976)	1/3, 1/7
Landwirtschaftliche Betriebe (Erwerbscharakter)	10/198	Wasserversorgung, Öffentliche	1/15
Lehramtsanwärter	11/228	Wohnungsbau	10/203



STATISTISCHE  
MONATSHEFTE  
SCHLESWIG - HOLSTEIN

---

Verzeichnis der Beiträge

1975 - 1977

(27. - 29. Jahrgang)

Gebiet und Bevölkerung	Verkehr
Gesundheitswesen	Geld und Kredit
Bildung und Kultur	Öffentliche Sozialleistungen
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	Öffentliche Finanzen
Wahlen	Preise
Erwerbstätigkeit	Löhne und Gehälter
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Versorgung und Verbrauch
Unternehmen und Arbeitsstätten	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft	Umweltschutz
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	Verschiedenes
Handel und Gastgewerbe	

---

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

	Jg./Heft/Seite
<b>GEBIET UND BEVÖLKERUNG</b>	
Ausländer	
Die – am 30. September 1975	76/4/72
– in Schleswig-Holstein	77/2/22
Bevölkerung in Schleswig-Holstein bis 1990; Voraussichtliche Entwicklung der deutschen –	76/9/142
Eheschließungen und Ehelösungen	75/4/75
Mehrlingsgeburten in Schleswig-Holstein	75/3/50
<b>GESUNDHEITSWESEN</b>	
Erkrankungen an Hepatitis infectiosa 1962 bis 1974	75/9/218
Geschlechtskrankheiten 1971 bis 1975	76/11/177
<b>BILDUNG UND KULTUR</b>	
Abiturienten ohne Studienabsicht	76/10/157
Allgemeinbildende Schulen 1975/76	75/11/250
Exmatrikulierte an der Universität Kiel	76/3/48
Hochschulstatistik gestern, heute und morgen	75/11/260
Hochschulwechsel	77/5/92
Lehrerausbildung an den Seminaren	77/11/228
Lehrernachwuchs	77/10/190
Schüler; Ausländische –	76/4/79
Schülerprognose; Ein –modell und seine Einsatzmöglichkeiten	75/11/252
Skizzen regionaler –n	77/2/18
Schulsport; Situation im –	76/4/83
Studenten	
Die Veränderung der Altersstruktur der – und ihre Ursachen	75/1/2
Ausländische – an den Hochschulen in Schleswig-Holstein	75/3/53
Deutsche – an den Hochschulen in Schleswig-Holstein in einem zweiten Studium	75/7/162
Die Ausbildungsabsichten der –, die eine Lehrbefähigung anstreben	75/11/271
Die Entwicklung der –zahl an den Hochschulen in Schleswig-Holstein	76/6/98

	Jg./Heft/Seite
Studentenstatistik auf der Basis einer fortschreibungsfähigen Datei	75/11/274
<b>RECHTSPFLEGE UND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT</b>	
(kein Beitrag)	
<b>WAHLEN</b>	
Bundtagswahl; Die – am 3. Oktober 1976	
Teil 1: Wahlkreiseinteilung	76/3/46
Teil 2: Wahlkreisergebnisse	76/11/170
Teil 3: Regionale Ergebnisse	77/1/3
Teil 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	77/1/7
Landtagswahl 1975	
Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse	75/6/130
Teil 2: Regionale Ergebnisse	75/7/156
Teil 3: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht	75/8/174
<b>ERWERBSTÄTIGKEIT</b>	
Berufliche Gliederung der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein	
(Teil 1)	75/6/126
(Teil 2)	75/8/179
(Teil 3)	75/10/227
Beschäftigtenstatistik; Die neue –	
Teil 1: Konzept	77/5/86
Teil 2: Ergebnisse	77/8/150
Teilbeschäftigung und weitere Tätigkeit	76/2/40
<b>LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI</b>	
Ackerschlepper(n) und Maschinen; Die Verwendung von – für die Feldwirtschaft	76/1/18
Agrarbericht 1976	76/5/86
Agrarberichterstattung	76/6/107

	Jg./Heft/Seite
<b>Betriebe</b>	
Strukturdaten milchviehhaltender – in Schleswig-Holstein	76/2/36
Anbauverhältnisse und Viehhaltung in den landwirtschaftlichen –n 1974	76/8/126
Zum Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen –	77/10/198
<b>Ernte;</b>	
Getreide- und Raps–n 1974 und 1975	75/9/198
<b>Fachausbildung und Buchführung</b> in der Landwirtschaft	75/8/192
<b>Geflügelwirtschaft;</b>	
Die – in Schleswig-Holstein	76/1/10
<b>Handelsdünger; Entwicklung des –aufwandes.</b>	77/7/136
<b>Marktfruchtbau(s) in den Naturräumen;</b> Die Entwicklung des Anbaus und der Erträge des – Schleswig-Holsteins	77/11/214
<b>Milcherzeugung; Zur – in Schleswig-Holstein</b>	75/8/188
<b>Raiffeisen-Organisation; 90 Jahre –</b>	75/2/27
<b>Viehhaltung; Strukturelle und regionale Veränderungen in der –</b>	77/5/98

#### UNTERNEHMEN UND ARBEITSSTÄTTEN

(kein Beitrag)

#### INDUSTRIE UND HANDWERK, ENERGIEWIRTSCHAFT

<b>Handwerk 1974</b>	75/6/144
<b>Industrie</b>	
Die verarbeitende – 1974	75/1/8
Ausländische Arbeitnehmer in der schleswig-holsteinischen – am 30. 9. 1974	75/6/146
Auszubildende in schleswig-holsteinischen –betrieben 1970 bis 1974	75/7/166
Aktuelles aus der – dargestellt an der Beschäftigtenentwicklung	75/7/170
Die verarbeitende – 1975	76/1/2
<b>Industriebeschäftigung und -produktion</b> in Land und Bund	76/11/190
<b>Investitionen der schleswig-holsteinischen Industrieunternehmen 1973</b>	75/1/11

Jg./Heft/Seite

<b>Produzierendes Gewerbe;</b> Die Reform der Statistiken im –	77/9/170
---	----------

#### BAUWIRTSCHAFT, GEBÄUDE UND WOHNUNGEN

<b>Baugewerbe am Wendepunkt?</b>	75/2/32
<b>Bauhauptgewerbe</b>	
Das – 1976	76/11/191
Auftragseingänge im –	76/11/191
Methodische Aspekte der monatlichen Berichterstattung im –	77/7/141
<b>Bautätigkeit; Nachhaltiger Wandel der –</b>	77/10/203
<b>Gebäude- und Wohnungszählung;</b> Die – 1975/76	75/1/16
<b>Haushalte und ihre Wohnungen; Die – 1972</b>	76/1/5
<b>Investitionen</b>	
– im Baugewerbe 1973	75/1/13
Rückläufige – im Baugewerbe 1974	75/10/222
Die Unternehmen im Baugewerbe und ihre – 1975	77/2/28
<b>Wohnbau; Wandel im –</b>	76/3/52

#### HANDEL UND GASTGEWERBE

<b>Apotheken; Umsatz und Beschäftigte der –</b>	75/7/150
<b>Außenhandel;</b> Der – Schleswig-Holsteins im Jahre 1975	76/11/183
<b>Beherbergungskapazität;</b> Die – für den Fremdenverkehr	77/8/157
<b>Einzelhandel</b>	77/11/231
Umsatz und Beschäftigte im –	76/10/164
<b>Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik;</b> Die Grundzüge der –	75/4/83
<b>Gastgewerbe; Die Umsatzentwicklung im –</b>	75/2/46
<b>Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR und Berlin (Ost); Der –</b>	76/5/91

#### VERKEHR

<b>Güter- und Personenverkehr;</b> Langfristige Prognosen für den – in der Bundesrepublik Deutschland	77/11/221
---	-----------

	Jg./Heft/Seite
Güterverkehr auf den Eisenbahnen; Der – Nord-Ostsee-Kanal; Schiffs- und Güterverkehr auf dem – im Jahr 1974	76/2/28 75/9/211
Reiseverkehr; Der grenzüberschreitende – 1965 bis 1974	75/10/236
Straßen in Schleswig-Holstein	77/7/130
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden	76/3/63

#### GELD UND KREDIT

Insolvenzen in Schleswig-Holstein 1972 bis 1976	76/9/154
Spareinlagen; Die Entwicklung der – in Schleswig-Holstein seit 1973	75/9/215

#### ÖFFENTLICHE SOZIALLEISTUNGEN

Jugendhilfe; In der – tätige Mitarbeiter	76/7/119
Krankenversicherung; Die gesetzliche –	75/3/71
Sozialhilfeempfänger; 91 000 –	76/1/24
Sozialhilfekosten; Entwicklung der –	77/6/110

#### ÖFFENTLICHE FINANZEN

Betriebsvermögen; Die Zusammensetzung des gewerblichen –s in Schleswig-Holstein	75/6/139
Einkommen der Körperschaften; Das – und seine Besteuerung im Jahre 1971	75/2/39
Lohnsteuerpflichtige; Die –n und ihre Bruttolöhne 1974	77/9/177
Lohnsummen der gewerblichen Betriebe; Die – und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein im Jahre 1970	75/10/244
Millionenvermögen der natürlichen Personen; Die – in Schleswig-Holstein	76/3/59
Umsätze; Die steuerpflichtigen Unternehmen und ihre – im Jahre 1974	76/8/130

Jg./Heft/Seite

#### PREISE

Erzeugerpreise für Agrarerzeugnisse 1976	77/5/102
Geldwertsicherung : mit statistischen Bezugsgrößen	75/5/97
Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz	76/7/114

#### LÖHNE UND GEHÄLTER

Löhne und Gehälter; Die Struktur der – Stundenverdienst und Geschlecht der Industriearbeiter	75/3/57 76/4/69
--	--------------------

#### VERSORGUNG UND VERBRAUCH

(kein Beitrag)

#### VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN

Bruttoinlandsprodukt 1975	76/4/66
Sozialprodukt; Entstehung, Verteilung und Verwendung des –s	
Teil 1: Methodik, Entstehungsrechnung	75/4/87
Teil 2: Verteilungs- und Verwendungsrechnung	75/9/201

#### UMWELTSCHUTZ

Investitionen für Umweltschutz in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 1971 bis 1973	75/7/168
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung	77/1/15

#### VERSCHIEDENES

Schleswig-Holstein im Jahre 1976	
Teil 1	77/3/34
Teil 2	77/4/57





# STATISTISCHE MONATSHEFTE

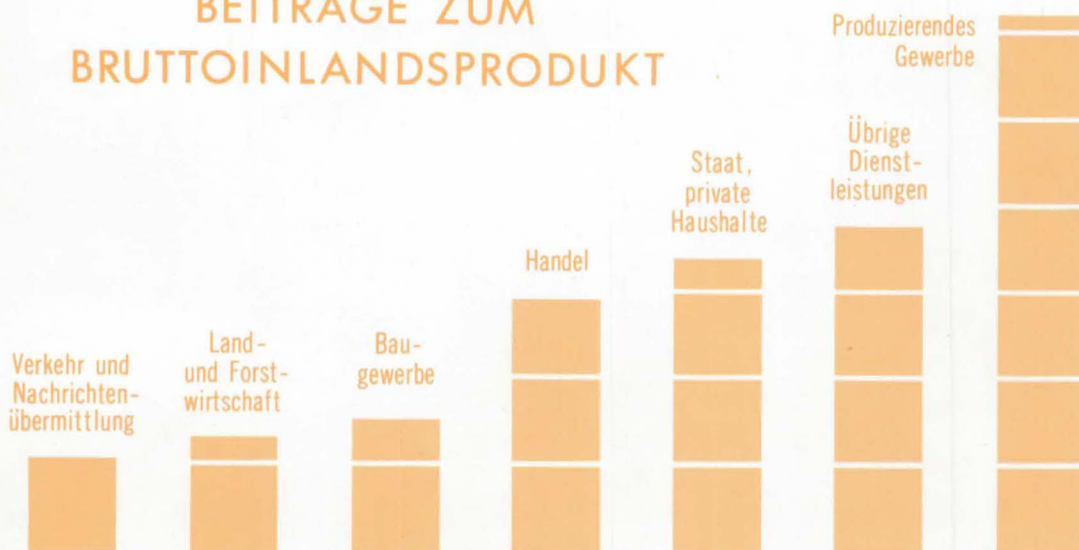
SCHLESWIG - HOLSTEIN

29. Jahrgang · Heft 1

Januar 1977

- Grafik des Monats: Handelsschiffe unter deutscher Flagge
- Aufsätze: Bundestagswahl 1976  
Teil 3: Regionale Ergebnisse  
Teil 4: Ergebnisse nach Alter und Geschlecht
- Kurzberichte: Wärmekraftwerke und Wasser

## BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

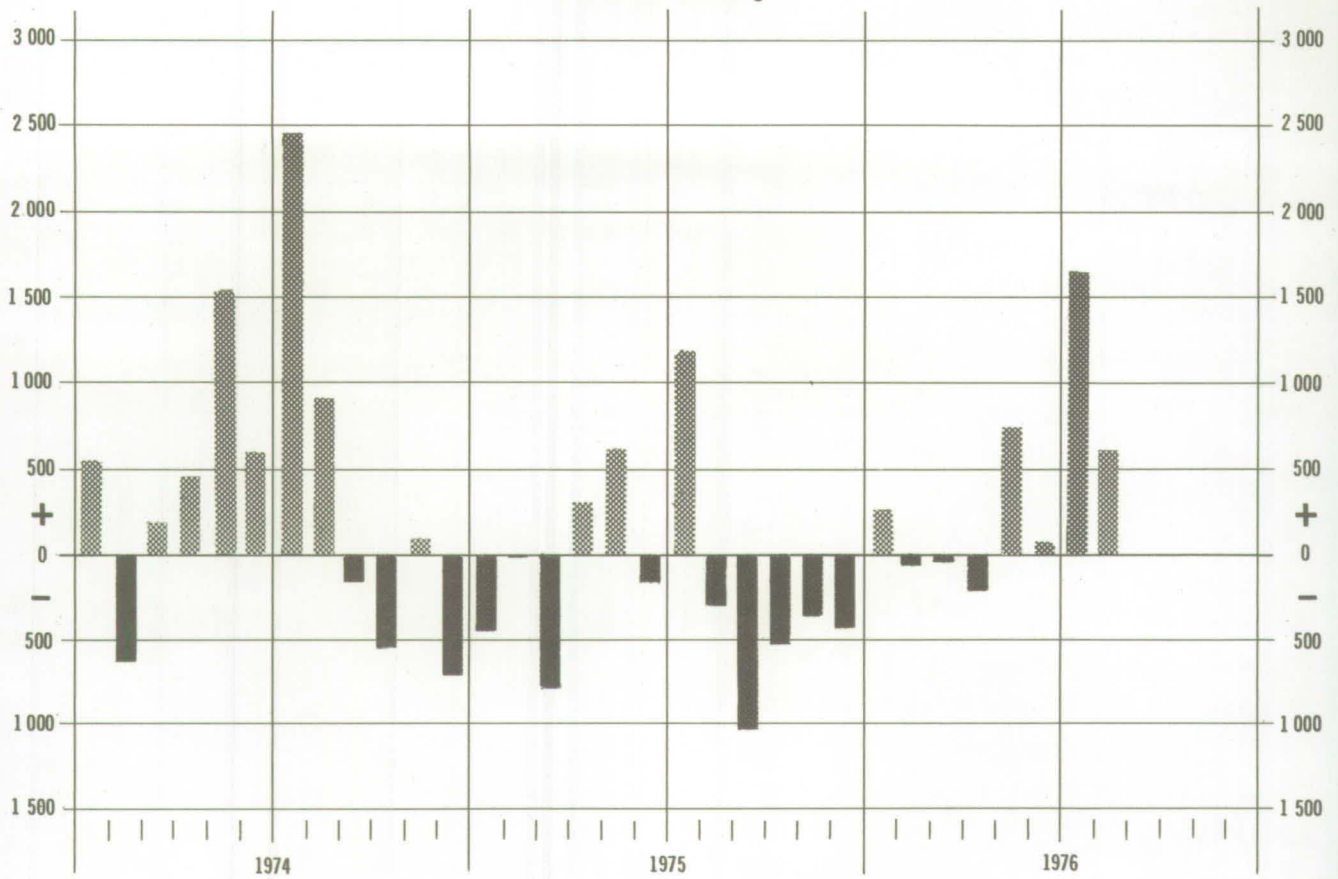


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



# VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR





# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

29. Jahrgang · Heft 1

Januar 1977

## Aktuelle Auslese



### Weniger Ausländer

Am 30. September 1976 lebten 74 800 Ausländer in Schleswig-Holstein, darunter 41 900 oder 56 % Männer und Jungen. Damit ist der Ausländerbestand auch in Schleswig-Holstein erstmals seit 1967 zurückgegangen, ein Vorgang, der sich auf Bundesebene bereits im Vorjahr vollzogen hatte. Der Rückgang ist nicht beträchtlich: Er beläuft sich nur auf 2 400 Personen, das sind etwas über 3 %. Für die Männer liegt der Rückgang erwartungsgemäß mit 5 % höher als für die Frauen mit nur 1 %.

Eine Wandlung vollzieht sich jedoch in den letzten Jahren in der altersmäßigen Zusammensetzung der Ausländer. Der Charakter der "Erwerbsbevölkerung" ist nicht mehr so ausgeprägt wie noch vor drei Jahren. 1973 standen 82 % aller hier wohnhaften Ausländer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, heute "nur" noch 75 %. Dafür ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen von 16 % auf 23 % gestiegen. Gleich geblieben ist mit 3 % der Anteil der Älteren.



### Keine reale Investitionssteigerung 1975 gegenüber Vorjahr

Die Betriebe der verarbeitenden Industrie in Schleswig-Holstein verzeichneten im Jahr 1975 Investitionen in Höhe von 933 Mill. DM, und zwar wurden 695 Mill. DM in Maschinen und 231 Mill. DM in bebaute Grundstücke oder Gebäude investiert. Hieraus errechnet sich insgesamt eine Investitionssteigerung um 2 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Zunahme resultiert allein aus erhöhten Aufwendungen für Maschinen (+ 10 %), während in bebaute Grundstücke und Gebäude erheblich weniger investiert wurde als 1974 (- 16 %). Berücksichtigt man noch den Preisanstieg, so ergibt sich insgesamt für das Jahr 1975 eine Minderleistung an Investitionen gegenüber dem Vorjahr; sogar der Zugang an Maschinen war real gesehen nur unbedeutend größer als 1974.



### Krankheiten der Krankenhauspatienten

In die Diagnosestatistik, die für einen großen Teil der Krankenhauspatienten aufgestellt wird, konnten für 1974 über 8 000 Betten für Akutkranke einbezogen werden, das sind 54 % aller entsprechenden Krankenhausbetten im Lande. Knapp 160 000 Behandlungsfälle wurden registriert, das sind annähernd 20 Patienten je Bett und Jahr. Die eigens ermittelten Pfl egetage beliefen sich auf 15,2 je Fall. Bei 365 Tagen des Jahres errechnet sich eine Belegungsquote der Betten von 82 %. Von den einzelnen Diagnosen kam (außer 8 892 komplikationslosen Entbindungen) am häufigsten die Hypertrophie der Gaumen- und Rachenmandel vor (6 726 Fälle), dann die akute Appendizitis (4 429), der Diabetes mellitus (3 552) und die Gehirnerschütterung (3 406). Über 2 000 Fälle wurden ferner bei akutem Herz-muskelninfarkt und bei "sonstigen Herzmuskelkrankheiten" gezählt (bei zusammen 11 möglichen Diagnosen von Herzkrankheiten), ferner bei Leistenbruch und Gallenstein-leiden. Die Fälle mit den genannten 9 häufigsten Diagnosen (1,8 % von 490) bilden 23 % aller Behandlungsfälle 1974.



### Hoher Anteil des Landes an den Sozialhilfeausgaben

1975 wurden in Schleswig-Holstein 421 Mill. DM für Sozialhilfe ausgegeben. Diese Summe wurde zu etwa gleichen Teilen von den Kreisen und kreisfreien Städten (212 Mill. DM) und vom Land (209 Mill. DM) aufgebracht. Zusammen mit den "weiteren Leistungen" der Sozialhilfe und dem Landesblindengeld haben die örtlichen Träger brutto 224 Mill. DM aufgewendet, das Land 227 Mill. DM. Nach Abzug der Einnahmen (von den Hilfeempfängern, Unterhaltspflichtigen und Sozialleistungsträgern) verblieben den Kreisen 176 Mill. DM, dem Land 184 Mill. DM an reinen Kosten.

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1975	1976	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Mai bis September			
<b>INDUSTRIE<sup>1</sup></b>					
Produktionsindex	1970 = 100	109	116	+	7
Beschäftigte	1 000	176	171	-	3
Umsatz <sup>2</sup>	Mill. DM	1 679	1 832	+	9
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	19	18	-	1
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6,9	7,4	+	7
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 294	1 565	+	21
<b>HANDEL</b>					
Ausfuhr	Mill. DM	426,6	452,4	+	6
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	329,4	366,1	+	11
<b>VERKEHR</b>					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 074	8 431	+	4
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>					
Einfuhrpreise	1970 = 100	141,0	153,3	+	9
Grundstoffpreise <sup>3</sup>	1970 = 100	136,9	147,9	+	8
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte <sup>3</sup>	1970 = 100	135,6	141,5	+	4
landwirtschaftlicher Produkte <sup>3</sup>	1970 = 100	130,7	148,0	+	13
Lebenshaltung <sup>4</sup>					
insgesamt	1970 = 100	135,3	141,3	+	4
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	131,4	137,6	+	5
<b>GELD UND KREDIT</b>					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite <sup>5</sup>	Mill. DM	5 236	5 635	+	8
mittel- und langfristige Kredite <sup>6</sup>	Mill. DM	21 014	24 883	+	18
Spareinlagen	Mill. DM	9 709	11 033	+	14
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer <sup>7</sup>	Mill. DM	96	104	+	8
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	92	107	+	16
Lohnsteuer	Mill. DM	180	204	+	13
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	243	263	+	8

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie      2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer  
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer      4) alle privaten Haushalte      5) an die Nichtbankenkundenschaft  
6) an die Nichtbankenkundenschaft; einschließlich durchlaufender Kredite      7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer



# Die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976

## Teil 3: Regionale Ergebnisse

### Ergebnisse in den politischen Kreisen

Von den 1,86 Millionen Personen, die zur Bundestagswahl stimmberechtigt waren, wohnten knapp 500 000 oder 27% in den vier kreisfreien Städten und gut 1,3 Millionen oder 73% in den 11 Kreisen. Der Anteil der kreisfreien Städte hat sich gegenüber 1972 um über einen Punkt vermindert, da hier die Zahl der Wahlberechtigten um 17 000 oder 3% zurückging, während sie in den Kreisen um 40 000 oder 3% stieg. Der Rückgang ist in allen kreisfreien Städten zu verzeichnen; am höchsten war er in Kiel mit über 8 000 oder 4%. Von den Kreisen weisen nur Dithmarschen und Steinburg eine geringere Zahl als 1972 auf, in allen anderen ist sie höher. Besonders kräftig war die Zunahme im Kreis Segeberg mit fast 12 000 oder 9%.

Die Wahlbeteiligung ist nach wie vor in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten. Der Abstand ist sogar wieder größer geworden, nachdem er sich 1972 angenähert hatte. Die Wahlbeteiligung ist nämlich in den kreisfreien Städten zurückgegangen, während sie in den Kreisen leicht anstieg. Insgesamt erhöhte sich die Wahlbeteiligung gegenüber 1972 von 90,5% auf 90,6% und in den Kreisen von 90,7% auf 91,0%; in den kreisfreien Städten ging sie von 90,1% auf 89,4% zurück.

An der Spitze der Wahlbeteiligungsskala stehen wie 1972 die Kreise Stormarn mit 92,5%, Plön mit 92,4% und Pinneberg mit 92,1% (das den Platz mit Plön getauscht hat). Die letzten Plätze nehmen wie 1972 die Kreise Nordfriesland (88,2%) und Schleswig-Flensburg (89,7%) ein. Es läßt sich also ein Süd-Nord-Gefälle in der Wahlbeteiligung feststellen.

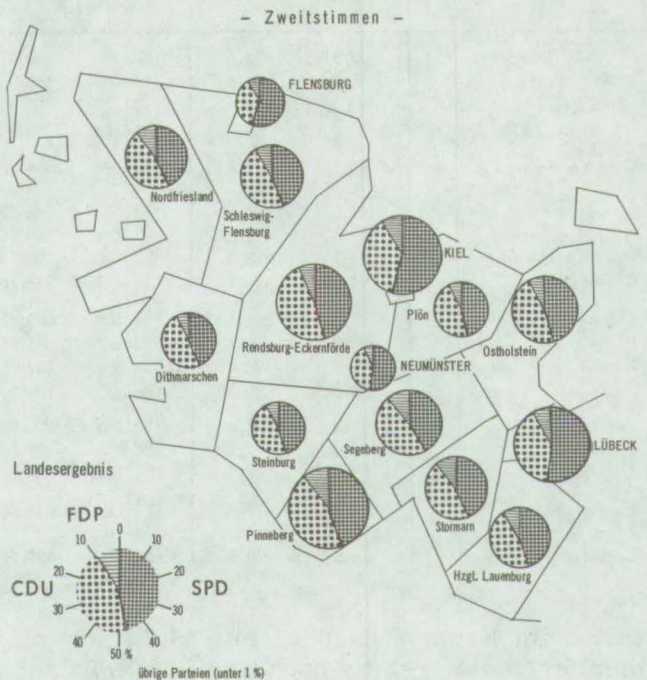
Unter den kreisfreien Städten nimmt Flensburg wie bisher den letzten Platz ein (87,7%). Die anderen kreisfreien Städte liegen nahe beieinander. Am wahlfreudigsten waren dieses Mal die Lübecker (89,8%) während es 1972 die Kieler gewesen sind.

Die weit verbreitete Meinung, daß eine hohe Wahlbeteiligung der CDU Nutzen bringt und eine niedrige der SPD, trifft zumindest in den Kreisen nicht zu. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 1976 deuten eher auf das Gegenteil. Die SPD liegt nämlich in zwei der drei Kreise mit der höchsten Wahlbeteiligung vorn und die CDU ist in den beiden Kreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung die stärkste Partei.

Die SPD konnte in keiner kreisfreien Stadt und in keinem Kreis ihr Ergebnis von 1972 halten.

D - 4820

### Bundestagswahl 1976 Anteile der Parteien in den Kreisen



Insgesamt verringerte sich ihr Zweitstimmenanteil um 2,2 Punkte, in den kreisfreien Städten um 1,7 Punkte und in den Kreisen um 2,3 Punkte. Sie verteidigte jedoch in allen kreisfreien Städten ihre absolute Mehrheit. Der höchste Zweitstimmenanteil sprang für sie wie 1972 in Flensburg mit 54,9% heraus. In den Kreisen mußte die SPD ihre 1972 errungene Spitzenposition an die CDU wieder abgeben. Sie ist nur noch in den Kreisen Plön (46,3%), Rendsburg-Eckernförde (45,6%) und Pinneberg (44,6%) die stärkste Partei. Bei der Bundestagswahl 1972 hatte sie noch in den Kreisen Hztg. Lauenburg, Ostholstein, Segeberg und Stormarn vorn gelegen. Am schlechtesten schnitt die SPD in Segeberg mit 41,4% ab.

Die CDU verbesserte sich gegenüber der Bundestagswahl 1972 in allen Kreisen und kreisfreien Städten. Im Landesdurchschnitt stieg ihr Anteil um 2,1 Punkte auf 44,1%, in den Kreisen um 1,9 Punkte auf 46,3% und in den kreisfreien Städten um 2,1 Punkte auf 38,0%. Die Stimmengewinne der CDU waren recht gleichmäßig. Sie führten dazu, daß die CDU anstelle von vier Kreisen nunmehr in acht Kreisen die stärkste Partei ist. Am günstigsten schnitt die CDU wie 1972 in Dithmarschen mit 49,1% ab und am schlech-

Die Bundestagswahl 1972 und 1976 in den politischen Kreisen

einschließlich Briefwahl

KREISFREIE STADT Kreis	Wahlbeteiligung		Gültige Zweitstimmen		darunter entfallen auf					
	1972	1976	1972	1976	SPD		CDU		FDP	
					1972	1976	1972	1976	1972	1976
	in %		Anzahl		in %					
FLensburg	88,8	87,7	62 119	60 272	56,2	54,9	33,6	35,6	9,5	8,8
KIEL	90,5	89,6	177 670	168 823	55,5	54,6	34,5	36,1	9,3	8,4
LÜBECK	90,3	89,8	162 027	156 288	53,9	51,4	37,0	40,0	8,2	7,8
NEUMÜNSTER	90,0	89,2	57 213	55 840	52,4	50,9	39,9	40,9	7,2	7,6
Zusammen	90,1	89,4	459 029	441 223	54,7	53,0	35,9	38,0	8,7	8,1
Dithmarschen	89,8	90,2	87 170	86 777	44,4	42,9	48,2	49,1	6,3	7,3
Hzgt. Lauenburg	91,6	91,9	97 238	100 992	47,8	44,5	43,6	46,3	7,8	8,5
Nordfriesland	87,1	88,2	96 195	98 259	44,9	42,5	45,1	47,3	9,3	9,5
Ostholstein	90,5	90,7	116 441	118 766	47,9	45,5	43,9	46,2	7,4	7,6
Pinneberg	92,2	92,1	161 785	166 867	47,0	44,6	41,9	44,2	10,3	10,5
Plön	91,8	92,4	72 972	76 551	48,3	46,3	43,7	45,3	7,1	7,6
Rendsburg-Eckernförde	90,3	90,4	148 389	154 928	46,9	45,6	44,5	45,5	7,9	8,3
Schleswig-Flensburg	89,3	89,7	106 608	109 015	45,4	43,5	45,8	47,4	8,0	8,5
Segeberg	91,3	91,4	112 286	122 854	44,7	41,4	44,5	46,9	10,1	11,0
Steinburg	90,7	91,1	86 883	86 475	45,9	44,7	46,0	47,0	7,0	7,4
Stormarn	92,5	92,5	109 160	117 379	45,7	42,6	42,9	45,7	10,6	11,0
Zusammen	90,7	91,0	1 195 127	1 238 863	46,3	44,0	44,4	46,3	8,5	9,0
Schleswig-Holstein	90,5	90,6	1 654 156	1 680 086	48,6	46,4	42,0	44,1	8,6	8,8

testen im Kreis Pinneberg mit 44,2%, obwohl hier ihr Gewinn relativ hoch war (+ 2,3 Punkte). In den kreisfreien Städten gelang es der CDU nur in Neumünster, über 40% der Zweitstimmen zu bekommen (40,9%), und in Lübeck erreichte sie eben diesen Anteil. Die wenigsten Zweitstimmen erhielt die CDU in Flensburg mit 35,6%. Auch 1972 hatte sich hier für sie der niedrigste Anteil ergeben.

Bei der FDP haben sich die Zweitstimmenanteile wieder zugunsten der Kreise verschoben. Sie verschlechterte sich nämlich in den kreisfreien Städten um 0,6 Punkte und kam auf 8,1%, während ihr Anteil in den Kreisen um 0,5 Punkte auf 9,0% anstieg. Sie verbesserte sich in allen Kreisen und in Neumünster. In den drei anderen kreisfreien Städten ging ihr Anteil zurück. Mehr als ein Zehntel der gültigen Zweitstimmen entfielen auf die FDP - wie 1972 - in den Kreisen Segeberg (11,0%), Pinneberg (10,5%) und Stormarn (11,0%). Das sind die drei an Hamburg angrenzenden Kreise.

Wie aus der Tabelle leicht zu sehen ist, ist die Streubreite der Zweitstimmenanteile der FDP nicht sehr groß. Ihre Anteile streuen zwischen 7,3% (Dithmarschen) und 11,0% (Segeberg und Stormarn), also um 3,7 Punkte. Anders sieht es bei der SPD und der CDU aus. Die Anteile der SPD liegen zwischen 41,4% (Segeberg) und 54,9% (Flensburg) und die der CDU zwischen 35,6% (Flensburg) und 49,1% (Dithmarschen). Die Streubreite der SPD und

der CDU macht jeweils 13,5 Punkte aus. Überraschenderweise ist auch der Streuungskoeffizient mit 9% gleich, d. h. die Abweichungen vom Landesergebnis sind insgesamt bei SPD und CDU gleichartig.

Da es sich hier um Kreisergebnisse handelt, ist ein Vergleich mit der Kreiswahl 1974 naheliegend, obwohl ein solcher Vergleich wegen der Andersartigkeit der beiden Wahlen problematisch ist. Es zeigt sich nämlich deutlich, daß die Schleswig-Holsteiner sehr wohl unterscheiden, ob es sich um eine Wahl handelt, die kommunale, Landes- oder Bundeszwecke betrifft. Allein schon die Wahlbeteiligung macht das unterschiedliche Wahlverhalten sichtbar. Da nach solchen Vergleichen häufig gefragt wird und sie auch angestellt werden, soll hier trotz aller Einschränkungen darauf kurz eingegangen werden.

	Wahl- beteili- gung	Stimmenanteile der		
		SPD	CDU	FDP
		in %		
Kreiswahl 1966	68,7	39,8	45,1	9,8
Bundestagswahl 1969	86,0	43,5	46,2	5,2
Kreiswahl 1970	72,3	43,5	45,4	5,7
Bundestagswahl 1972	90,5	48,6	42,0	8,6
Kreiswahl 1974	79,2	35,6	53,1	9,0
Bundestagswahl 1976	90,6	46,4	44,1	8,8



Gegenüber der Kreiswahl 1974, als sie einen Tiefpunkt hatte, hat sich die SPD 1976 insgesamt um 10,8 Punkte, in den kreisfreien Städten um 12,7 Punkte und in den Kreisen um 10,1 Punkte verbessert. Die CDU war 1974 in allen kreisfreien Städten und Kreisen die stärkste Partei und hatte die SPD besonders in den Kreisen deutlich hinter sich gelassen. In den kreisfreien Städten hatte der Rückstand der SPD gegenüber der CDU 6,9 Punkte ausgemacht. Jetzt liegt dort die SPD mit 15,0 Punkten vorn. In den Kreisen hat sich der Rückstand von 21,4 Punkten auf 2,3 Punkte verringert.

Für die CDU ergibt der Vergleich folgendes Bild: Insgesamt gingen ihre Stimmenanteile um 9,0 Punkte zurück, in den kreisfreien Städten sind es 9,2 Punkte und in den Kreisen 9,0 Punkte. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich damit deutlich verschoben. Die CDU war 1974 in allen kreisfreien Städten stärkste Partei und jetzt ist es die SPD. Bei der Kreiswahl 1974 hatte die CDU in allen Kreisen die absolute Mehrheit erzielt, bei der Bundestagswahl 1976 kam sie in keinem Kreis auf einen solchen Anteil.

Die FDP konnte ihre Stellung im Vergleich zur Kreiswahl 1974, als sie 9,0% der Stimmen erhielt, insgesamt halten.

#### Ergebnisse in den Gemeindegrößenklassen

Die Wahlberechtigten der kleineren Gemeinden beteiligten sich häufiger an der Wahl als die der großen. Auch wenn man die Briefwähler, die in den größeren Gemeinden stärker vertreten sind, schätzungsweise zuordnet, hätten die kleinen Gemeinden immer noch einen Vorsprung. Damit ergibt sich das aus früheren Wahlen bekannte Bild: die Wahlbeteiligung fällt mit wachsender Gemeindegröße. Ohne Berücksichtigung der Briefwahl gingen in Schleswig-Holstein 80,3% der Wahlberechtigten zur Wahl. Die Einwohner der kleinsten Gemeinden waren am wahlfreudigsten (85,3%) und die der Gemeinden mit 5 000 - 10 000 Einwohnern gingen am wenigsten (78,6%) zur Wahl oder, genauer gesagt, zur Wahlurne. Der Abstand zu den Größenklassen 20 000 - 50 000 Einwohner (78,9%) und über 100 000 Einwohner (78,8%) ist aber so gering, daß die Einbeziehung der Briefwähler eine andere Rangfolge ergeben würde.

Die CDU ist wie bei früheren Wahlen in den kleinen Gemeinden erfolgreicher und die SPD in den großen. Die Anteile der CDU sinken mit wachsender Gemeindegröße und die der SPD steigen. Diese allgemeine Aussage wird auch nicht dadurch beeinflusst, daß es sich nur um die Stimmabgabe der Urnenwähler handelt. Auch ein Einschluß der Briefwähler, der nicht

möglich ist, würde an dieser Aussage bei den gegebenen Größenordnungen nichts ändern. Bei der folgenden Betrachtung einzelner Größenklassen muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Anteile der Urnenwähler gegenüber dem Gesamtergebnis bei der SPD um + 0,9 Punkte und bei der CDU um - 0,7 Punkte abweichen, und daß die Abweichungen innerhalb der Größenklassen andersartig und größer sein können.

In den Gemeinden bis 1 000 Einwohner konnte die CDU die absolute Mehrheit erlangen und in den Kleinstgemeinden unter 250 Einwohner sogar fast sechs Zehntel der gültigen Zweitstimmen. Sie liegt in den Gemeinden bis 20 000 Einwohner über ihrem Landesdurchschnitt von 43,4% (ohne Briefwähler). Die SPD blieb demgegenüber in diesen Größenklassen unter ihrem Landesdurchschnitt von 47,3% (ohne Briefwähler). In den großen Gemeinden (Norderstedt und die vier kreisfreien Städte) errang sie die Hälfte und mehr der gültigen Zweitstimmen. Die SPD überflügelte die CDU in allen Gemeindegrößenklassen ab 3 000 Einwohner. Ihre Anteile liegen nur bei den Gemeinden unter 500 Einwohner unter 40%, während dies bei der CDU bei den Gemeinden ab 50 000 Einwohner der Fall ist.

Vergleicht man das Gewicht der Größenklassen nach der Anzahl der gültigen Zweitstimmen, so sieht man deutlich, warum die CDU trotz hoher Anteile in den unteren Größenklassen weniger Stimmen als die SPD bekam und warum die SPD trotz niedriger Anteile in den unteren Größenklassen einen größeren Stimmenanteil als die CDU erreichte. In den

Die Bundestagswahl 1976 nach Gemeindegrößenklassen

	Wahl- beteili- gung	Von den gültigen Zweitstimmen entfallen auf		
		SPD	CDU	FDP
in %				
Urnenwahl, und zwar				
in Gemeinden mit unter 250 Einw.	85,3	32,5	59,7	7,1
250 - 500 "	84,9	37,0	55,7	6,7
500 - 750 "	84,3	40,7	51,9	6,9
750 - 1 000 "	83,5	41,0	51,0	7,5
1 000 - 2 000 "	82,7	43,6	48,2	7,7
2 000 - 3 000 "	81,6	45,3	45,5	8,7
3 000 - 5 000 "	80,9	45,9	44,6	8,8
5 000 - 10 000 "	78,6	45,9	44,2	9,2
10 000 - 20 000 "	80,0	46,2	43,8	9,4
20 000 - 50 000 "	78,9	48,9	40,6	9,7
50 000 - 100 000 "	80,5	52,0	38,0	9,3
100 000 und mehr "	78,8	54,4	36,9	7,9
Urnenwahl zusammen	80,3	47,3	43,4	8,6
dazu Briefwahl		39,3	49,2	10,3
Insgesamt	90,6	46,4	44,1	8,8

Gemeinden bis 10 000 Einwohner leben 43% aller Wähler mit gültiger Zweitstimmenabgabe (ohne Briefwähler). Sie stellen aber 48% aller CDU-Stimmen und nur 39% aller SPD-Stimmen. Demgegenüber kommen aus den Gemeinden ab 10 000 Einwohner 57% aller gültigen Stimmen aber nur 52% der CDU-Wähler gegenüber 61% der SPD-Wähler.

Gegenüber der Bundestagswahl 1972 hat sich in den Gemeindegrößenklassen sowohl bei der SPD als auch bei der CDU keine herausragende Verschiebung ergeben. Die SPD-Anteile gingen in allen Größenklassen zurück und die CDU-Anteile stiegen an. Die Veränderungsdaten bewegten sich aber durchweg im Rahmen des Landesdurchschnitts.

Bei der FDP besteht kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Stimmenanteil. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Größenklassen sind einmal nicht sehr groß und zum anderen ist kein Trend feststellbar. Die größten Anteile erzielte die FDP in den obersten Größenklassen, wobei die Größenklasse 20 000 - 50 000 Einwohner mit einem Anteil von 9,7% etwas herausragt.

#### Wahlergebnisse in den Gemeinden

In diesem Abschnitt sollen die Ergebnisse von Gemeinden mit extremem Wahlausgang dargestellt werden. Wer sich für einzelne Gemeindeergebnisse interessiert, sei auf das Quellenwerk "Die Bundestagswahl am 3.10.1976 in Schleswig-Holstein (Endgültiges Ergebnis)" (Statistische Berichte B VII 1 - 5/76) verwiesen, das die Erst- und Zweitstimmenergebnisse für jede Gemeinde enthält.

An dieser Stelle sei nochmals betont, daß es sich nur um Ergebnisse der Urnenwähler handelt, also die Briefwähler nicht enthalten sind. Da die Briefwähler bei dieser Wahl über ein Zehntel der Wähler ausmachen, und da sie bekanntlich anders abstimmen als die Urnenwähler, kann das Wahlergebnis in einzelnen Gemeinden entsprechend verändert sein.

Bei Bundestagswahlen kommt es, anders als bei Gemeindewahlen, selten vor, daß eine Partei in einer Gemeinde alle Stimmen erhält. Bisher hat dies nur die CDU geschafft. Bei dieser Wahl ist auch ihr ein solcher hundertprozentiger Erfolg nicht gelungen. Über 90% der Zweitstimmen erhielt die CDU in zwei Gemeinden gegenüber sechs Gemeinden im Jahre 1972, und zwar in den Gemeinden Hägen im Kreis Dithmarschen mit 95,2% und Elisabeth-Sophien-Koog im Kreis Nordfriesland mit 93,9%. In weiteren 42 Gemeinden bekam

die CDU über drei Viertel der gültigen Zweitstimmen gegenüber 58 bei der Bundestagswahl 1972. Auf über die Hälfte der gültigen Zweitstimmen kam die CDU in 590 Gemeinden (1972: 586). Es sind darunter nur fünf größere Gemeinden vertreten, und zwar Ratzeburg mit 50,8% (1972: 48,7%), Timmendorfer Strand mit 53,3% (50,2%), Plön mit 52,1% (51,0%), Bad Bramstedt mit 51,8% (51,6%) und Großhansdorf mit 50,9% (48,6%). Insgesamt erhielt die CDU in 846 Gemeinden die meisten Zweitstimmen.

Gemeinden ohne jede CDU-Stimme gab es - wie bei den vorangegangenen Wahlen - nicht. Die niedrigsten Anteile sprangen für die CDU in den Gemeinden Arnis, Kreis Schleswig-Flensburg, mit 26,4% (1972: 28,8%) und Wendtorf, Kreis Plön, mit 29,1% (31,5%) heraus.

Der SPD gelang es wie 1972 nicht, in einer Gemeinde über 70% der Zweitstimmen zu erringen. Den größten Stimmenanteil erzielte die SPD wie 1972 in Krempel, Kreis Dithmarschen, mit 66,2% (1972: 69,3%). Es folgen die Gemeinden Wendtorf, Kreis Plön, mit 65,9% (63,7%) und Lägerdorf, Kreis Steinburg, mit 63,6% (64,1%). Außer Lägerdorf (2 673) haben alle diese Gemeinden weniger als 400 Wahlberechtigte. Insgesamt bekam die SPD in 161 Gemeinden über die Hälfte der gültigen Zweitstimmen. Bei der Bundestagswahl 1972 ist das 242mal der Fall gewesen. Unter den Gemeinden mit absoluter Mehrheit der SPD befinden sich außer den kreisfreien Städten folgende mit mehr als 10 000 Wahlberechtigten:

	1976	1972
Geesthacht	53,4	56,1
Husum	52,3	52,8
Elmshorn	51,3	52,3
Preetz	51,8	53,6
Eckernförde	52,6	52,8
Rendsburg	52,2	51,4

1972 gehörten noch die Gemeinden Schleswig und Uetersen dazu.

Weitere sechs Gemeinden mit absoluter SPD-Mehrheit haben mehr als 5 000 Wahlberechtigte. Insgesamt ist die SPD in 317 Gemeinden die stärkste Partei.

Im Gegensatz dazu erhielt die SPD in 127 Gemeinden weniger als ein Viertel der gültigen Zweitstimmen und in zwei davon keine Stimmen (Hägen, Kreis Dithmarschen, und Süderhöft, Kreis Nordfriesland).

Von den übrigen Parteien erreichte keine in einer Gemeinde auch nur annähernd die



absolute Mehrheit. Die FDP erzielte in Süderhöft, Kreis Nordfriesland, mit 33,3% (1972: 12,5%) der gültigen Zweitstimmen ihren höchsten Anteil, an zweiter Stelle liegt Vollerwiek, ebenfalls im Kreis Nordfriesland,

mit 31,2% (26,4%); in 19 Gemeinden hat kein Wähler für die FDP gestimmt.

Walter Dahms

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht B VII 1 - 5/76. Vergleiche auch: "Die Bundestagswahl 1972 in Schleswig-Holstein, Teil 3: Regionale Ergebnisse" in dieser Zeitschrift, Heft 4/1973, S. 74

## Teil 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

In Schleswig-Holstein werden seit der Bundestagswahl 1953 bei allen Bundes- und Landtagswahlen sowie seit 1970 auch bei Kreiswahlen Stichprobenerhebungen über das Wahlverhalten der Wahlberechtigten durchgeführt. Die Stichprobe wird nach einem bestimmten Verfahren so ausgewählt, daß sie als repräsentativ für alle Wahlberechtigten und Wähler gelten kann. Die Stichprobe umfaßt 92 der 2 707 schleswig-holsteinischen Wahlbezirke (ohne Briefwahlbezirke) und damit 77 000 oder 4,2% der 1,86 Millionen Wahlberechtigten. Um das Wahlgeheimnis nicht zu gefährden, werden die Briefwähler nicht einbezogen. Sämtliche Ergebnisse können daher nur mit dem Landesergebnis ohne Briefwähler verglichen werden. Inwieweit die Aussagen dadurch beeinträchtigt werden, zeigt die folgende Übersicht, die das Ergebnis der Stichprobe im Vergleich zum Landesergebnis ohne und einschließlich Briefwahl wiedergibt:

	Wahl- beteili- gung in %	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfallen auf			
		SPD	CDU	FDP	Übrige
Stichprobe	90,1	47,7	42,8	8,8	0,7
Landesergebnis (ohne Briefwahl)	90,0	47,3	43,4	8,6	0,7
Landesergebnis (einschl. Briefwahl)	90,6	46,4	44,1	8,8	0,7

Das Stichprobenergebnis stimmt also weitgehend mit dem Ergebnis der Urnenwähler überein. Die Briefwähler, die auch bei vorangegangenen Wahlen eine andere Parteienpräferenz zeigten als die Urnenwähler, haben aber dieses Mal ein solches Gewicht - sie machen über ein Zehntel der Wähler aus - daß das Stichprobenergebnis zwangsläufig stärker vom Landesergebnis einschließlich Briefwahl abweichen muß. Diese Einschränkung muß in den folgenden Ausführungen beachtet werden.

Zur repräsentativen Ermittlung der Wahlergebnisse nach Geschlecht und Alter wird ein bestimmtes Verfahren verwendet. Da die Wählerverzeichnisse Name, Vorname, Geburtsdatum und evtl. Ausgabe eines Wahlscheines enthalten, und jeder Urnenwähler darin abgehakt wird, können in den ausgewählten Wahlbezirken nach der Wahl leicht

Tabellen angefertigt werden, aus denen die Zahl der Wahlberechtigten - mit/ohne Wahlschein -, der Wähler und der Nichtwähler, alle gegliedert nach Geschlecht und 10 Altersgruppen, hervorgeht. In diesen Wahlbezirken werden auch besondere Stimmzettel verwendet, nämlich 10 verschiedene, die durch Aufdruck gekennzeichnet sind: ein Buchstabe, der ein Geschlecht und eine von fünf Altersgruppen bedeutet, welche auch im Klartext dabeistehen. Jedem Wähler wird ein seinem Geschlecht und seiner Altersgruppe entsprechender Stimmzettel übergeben. Nachdem im Wahlbezirk das Gesamtergebnis der Wahl festgestellt worden ist, werden die Stimmzettel dem Statistischen Landesamt übersandt, wo sie nach Geschlecht und Alter ausgezählt werden.

### Wahlbeteiligung

Nach dem Stichprobenergebnis gingen 90,1% der Schleswig-Holsteiner zur Wahlurne. Die Teilnahme an der Wahl war wie schon 1972 bei Männern (90,2%) und Frauen (90,0%) fast gleich hoch. Trotzdem ist unter den Nichtwählern der Anteil der Frauen wegen ihres hohen Anteils an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten, weiterhin höher als der der Männern (54,2% zu 45,8%).

Das Wahlinteresse steigt wie bisher mit wachsendem Alter. Die jüngeren Wahlberechtigten zeigten wiederum das geringste Interesse an der Wahl. Bemerkenswert ist jedoch, daß die 18- bis 20jährigen häufiger zur Wahlurne gingen als die 21- bis 24jährigen; damit setzt sich fort, was schon bei der Landtagswahl 1975 und der Bundestagswahl 1972 beobachtet werden konnte. Am höchsten ist die Wahlbeteiligung zwischen 45 und 69 Jahren. Obwohl sie bei den 70jährigen und älteren Wahlberechtigten deutlich abfällt, ist sie dort immer noch höher als bei den unter 30jährigen. Berücksichtigt man die Briefwähler, so wird der Abstand sogar noch größer, da die älteren Wahlberechtigten öfter von der Briefwahl Gebrauch machten als die jüngeren.

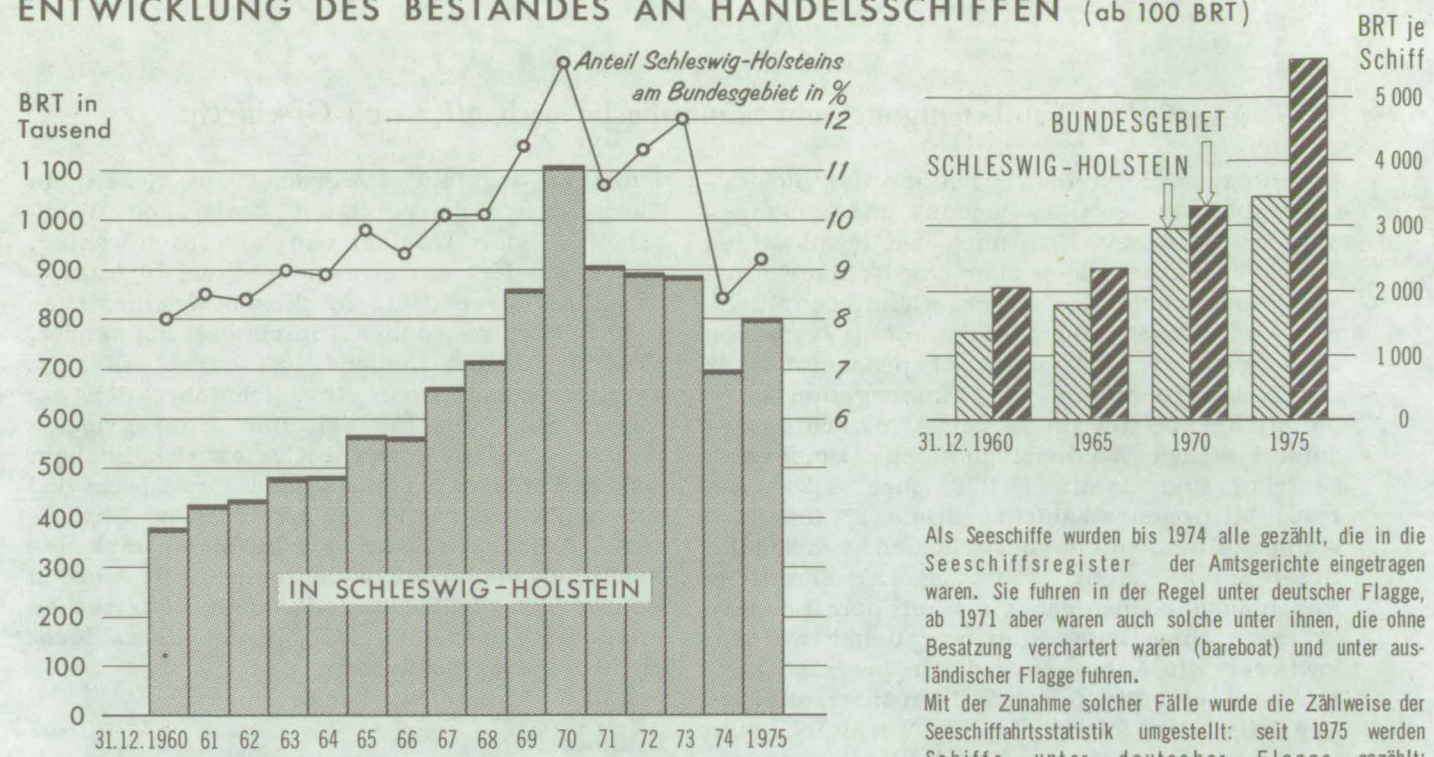
Unterscheidet man die Wahlbeteiligung zusätzlich zum Alter nach dem Geschlecht, so stehen die 21- bis 24jährigen Männer und 18- bis 20jährigen Frauen am Ende der



# HANDELSCHIFFE UNTER DEUTSCHER FLAGGE (Seeschiffe)

D-4823

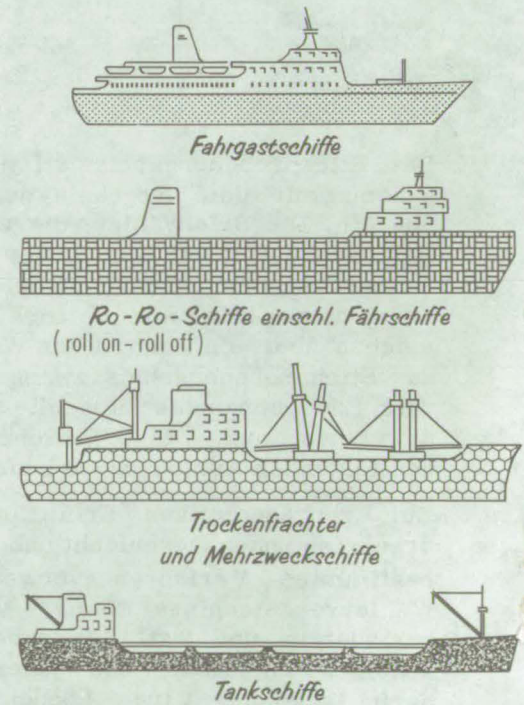
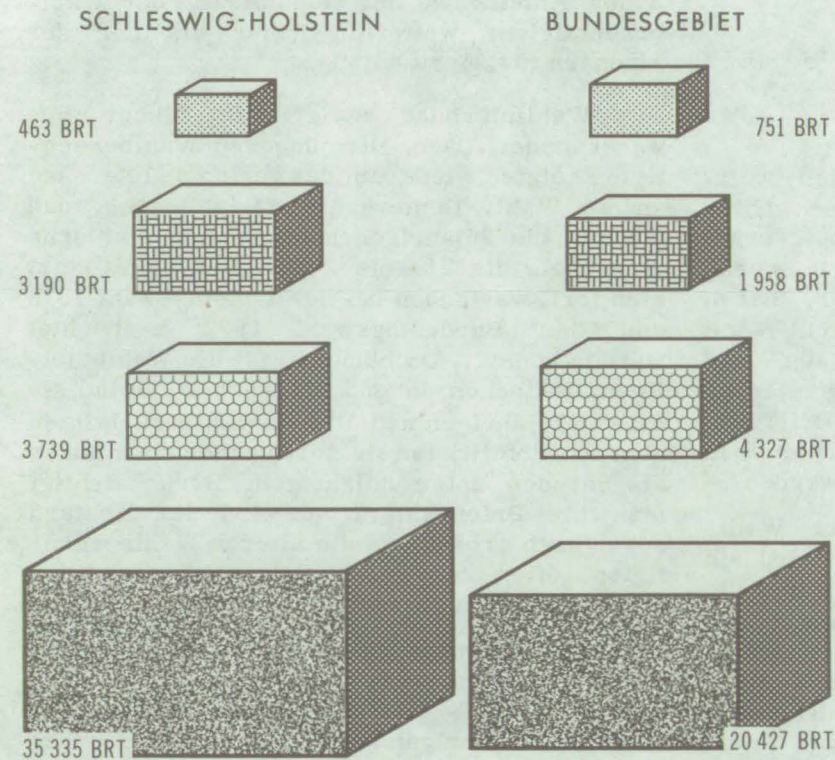
## ENTWICKLUNG DES BESTANDES AN HANDELSCHIFFEN (ab 100 BRT)



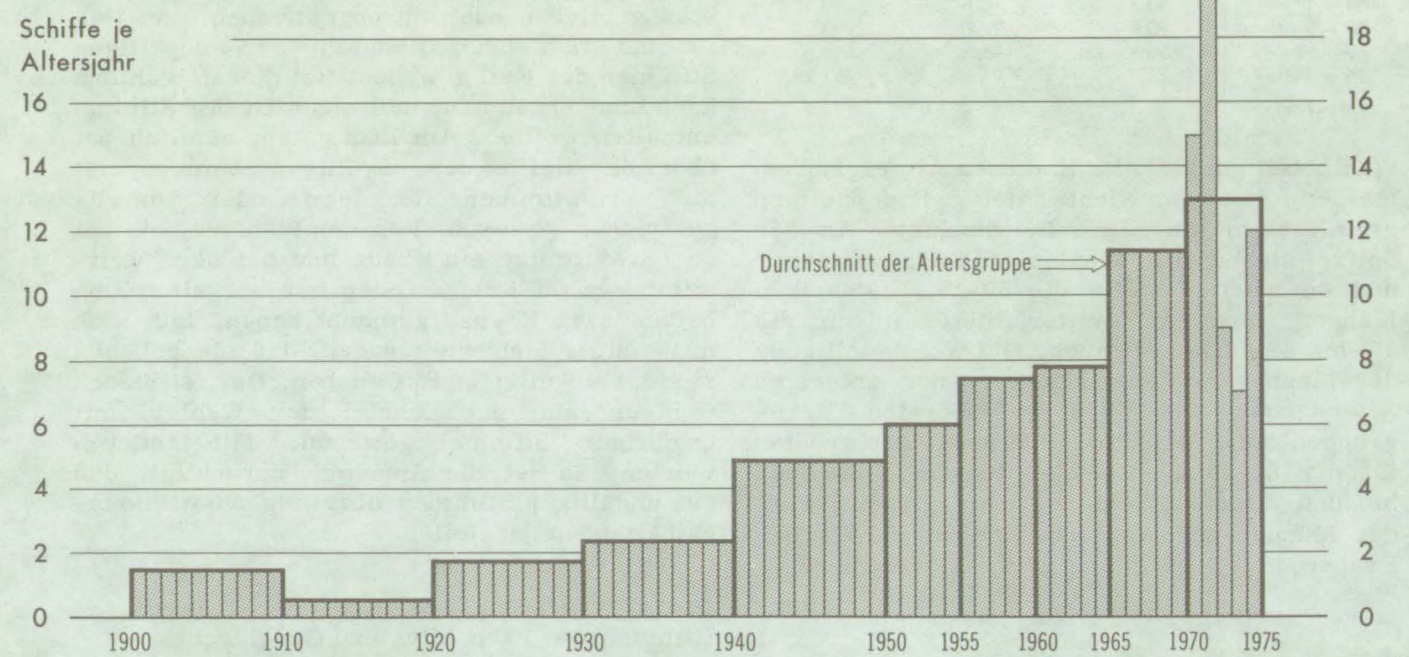
Als Seeschiffe wurden bis 1974 alle gezählt, die in die Seeschiffsregister der Amtsgerichte eingetragen waren. Sie fuhren in der Regel unter deutscher Flagge, ab 1971 aber waren auch solche unter ihnen, die ohne Besatzung verchartert waren (bareboat) und unter ausländischer Flagge fuhren. Mit der Zunahme solcher Fälle wurde die Zählweise der Seeschiffsstatistik umgestellt: seit 1975 werden Schiffe unter deutscher Flagge gezählt; deutsche Schiffe unter fremder Flagge sind also nicht mehr enthalten. Dafür zählen nun aber fremde Schiffe unter deutscher Flagge dazu.

Bundesgebiet bedeutet bei Seeschiffen: Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. (siehe Bild rechts unten)

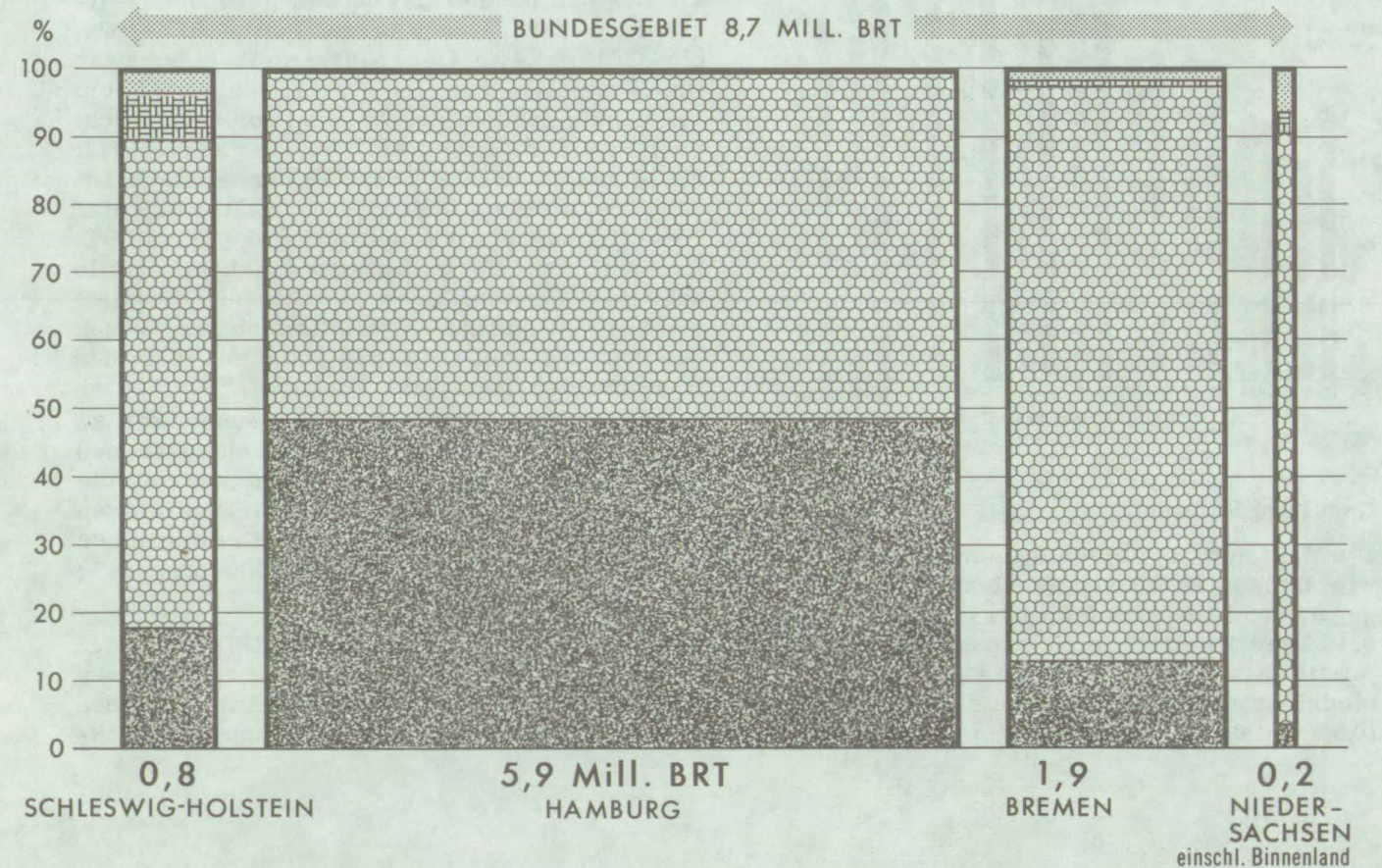
## DURCHSCHNITTLICHE SCHIFFSGRÖSSE NACH DER GATTUNG 1975 (ab 100 BRT)



## HANDELSCHIFFE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN NACH DEM ALTER (ab 17,65 BRT)



## ANTEILE DER BUNDESLÄNDER UND DER SCHIFFSGATTUNGEN AN ALLEN BRT 1975 (ab 100 BRT)

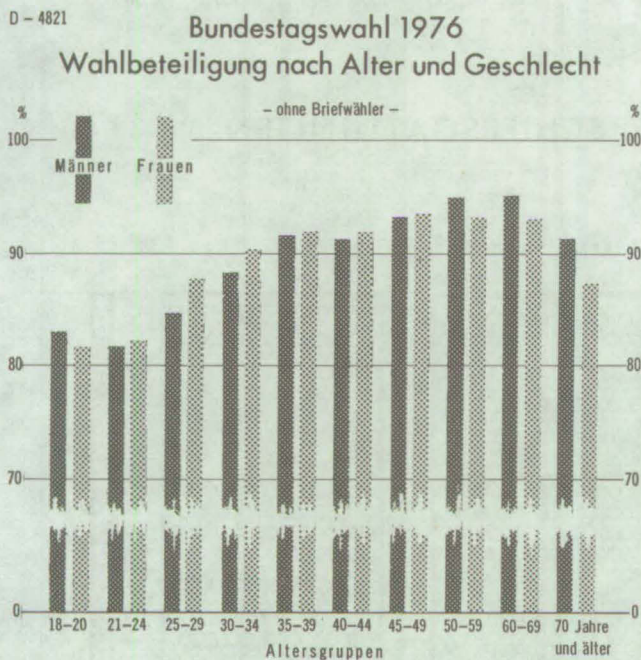




Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht in %

Altersgruppe	Insgesamt	Männer	Frauen
18 - 20	82,1	82,8	81,4
21 - 24	81,8	81,4	82,2
25 - 29	85,9	84,4	87,5
30 - 34	89,0	88,0	90,2
35 - 39	91,7	91,7	91,8
40 - 44	91,5	91,3	91,8
45 - 49	93,2	93,1	93,4
50 - 59	93,8	94,8	93,0
60 - 69	93,8	95,0	93,0
70 und älter	88,7	91,2	87,2
Insgesamt	90,1	90,2	90,0

Wahlbeteiligungsskala. In diesen Altersgruppen ist der Anteil der Nichtwähler fast doppelt so groß wie im jeweiligen Durchschnitt. An der Spitze stehen die 60- bis 69jährigen Männer und an zweiter Stelle die 50- bis 59jährigen Männer, erst an dritter Stelle folgen die 45- bis 49jährigen Frauen. Die Wahlbeteiligung der Männer ist jedoch nur in der untersten Altersgruppe und in den drei obersten Altersgruppen höher als die der Frauen. Am größten ist der Abstand zwischen den Geschlechtern bei den ältesten Wählern. Hier gingen 91,2% der Männer zur Wahlurne und nur 87,2% der Frauen.



Ungültige Stimmen

Die Zahl der ungültigen Stimmen ist wiederum wie bisher schon von Wahl zu Wahl zurückgegangen. Nur noch 0,8% der Erststimmen und 0,4% der Zweitstimmen waren ungültig. Der jeweilige Anteil ist bei den Männern etwas niedriger (0,7% und 0,4%) als bei den Frauen (0,9% und 0,5%). Am häufigsten mußten Stimmen

der über 59jährigen für ungültig erklärt werden. Überdurchschnittlich ist aber auch der Anteil der ungültigen Stimmen bei den 18- bis 24jährigen.

Eine Auswertung der Ungültigkeitsgründe ergab, daß wiederum die meisten Stimmen deshalb als ungültig gezählt werden mußten, weil die betreffende Seite des Stimmzettels leer geblieben oder durchgestrichen war. Das ist bei fast neun Zehnteln der ungültigen Stimmen der Fall gewesen. Bei diesen Wählern kann man annehmen, daß sie sich der Stimme enthalten wollten. Am häufigsten, nämlich bei über der Hälfte der ungültigen Stimmen, ist die Erststimmenseite leer oder durchgestrichen gewesen. Von den Wählern, die bei der Erststimme ein Kreuz und bei der Zweitstimme zwei Kreuze oder nur bei einer von beiden zwei Kreuze gemacht haben, läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß sie unbeabsichtigt ungültig gewählt haben. Das ist jedoch weniger als ein Zehntel der Wähler mit ungültiger Stimme gewesen. Mit anderen Worten: Es ist die Annahme berechtigt, daß die ungültigen Stimmen überwiegend Stimmenehaltungen darstellen.

Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Die Frauen und die jüngeren Jahrgänge gaben den Ausschlag dafür, daß die SPD die stärkste Partei blieb und ihr Stimmenrückgang sich in Grenzen hielt. Die Frauen haben nämlich wieder häufiger ihre Stimme der SPD gegeben als der CDU, und der Rückgang ist geringer als bei den Männern. Von den gültigen Zweitstimmen der Frauen erhielt die SPD 47,6%, die CDU 43,4%. Der SPD-Anteil ging zwar im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 um 1,3 Punkte zurück, der Abstand zur CDU macht aber immer noch 4,2 Punkte aus (1972: 6,1 Punkte). Noch größer ist der Abstand bei den Erststimmen. Die SPD erhielt 48,8% der Erststimmen der Frauen und die CDU 43,9%. Rechnet man die Anzahl der Stichprobenfälle auf die Totalzahl hoch, so erhielt die SPD von 803 000 gültigen Zweitstimmen der Frauen 382 000 und die CDU 348 000, und bei den Erststimmen lautet das Verhältnis 390 000 zu 351 000. Durch den höheren Frauenanteil an den Wählern ist der Anteil der Frauenstimmen der SPD höher als der der Männer, obwohl die Männer etwas häufiger für die SPD stimmten als die Frauen. Von den 710 000 Zweitstimmen der SPD stellen die Frauen 382 000 oder 54%; 1972 sind es 53% gewesen.

Bemerkenswert ist, daß die SPD von den Frauen ab 45 Jahre mehr Zweitstimmen erhielt als 1972, während ihr Anteil in den mittleren und jüngeren Altersgruppen zurück-

ging. Sie verbesserte ihren Anteil bei den über 59jährigen von 44,4% auf 45,8%. Die 18- bis 34jährigen Frauen stimmten wie 1972 mit absoluter Mehrheit für die SPD, die 18- bis 24jährigen jedoch nicht mehr so herausragend wie 1972. Damals hatten 63,0% der Frauen dieser Altersgruppe ihre Zweitstimme der SPD gegeben, jetzt sind es 58,7%. Besonders hoch ist der Rückgang bei den 35- bis 44jährigen Frauen. Hier hatte die SPD 1972 noch die absolute Mehrheit erhalten (50,7%), 1976 kam sie nur noch auf 45,0% der Zweitstimmen.

Die Männer, die bei allen bisherigen Bundestagswahlen häufiger für die SPD gestimmt haben als die Frauen, taten es auch dieses Mal. Der Abstand gegenüber den Frauen ist jedoch zusammengeschrumpft. Er macht nur noch 0,3 Punkte gegenüber 0,8 Punkten vor 4 Jahren aus. Von den gültigen Zweitstimmen der Männer erhielt die SPD 47,9% und damit 1,8 Punkte weniger als 1972. Der Stimmenverlust ist also höher als bei den Frauen. Der Vorsprung gegenüber der CDU ist ebenfalls kleiner geworden. Er beläuft sich auf 5,7 Punkte gegenüber 9,5 Punkten 1972. Günstiger für die SPD sieht das Verhältnis bei den Erststimmen aus. Hier stimmten 50,2% der Männer für die SPD und 42,6% für die CDU. In absoluten Zahlen ausgedrückt, wählten 329 000 Männer mit ihrer Zweitstimme die SPD und 343 000 mit ihrer Erststimme. Die CDU kam auf 289 000 und 292 000 Stimmen.

Die SPD erhielt in den jüngeren Jahrgängen der Männer, wie 1972, die absolute Mehrheit. Bemerkenswert sind dabei die Veränderungen. Die 18- bis 24jährigen und die 35- bis 44jährigen Männer stimmten nicht so häufig für die SPD wie 1972. Bei den 18- bis 24jährigen ging der Zweitstimmenanteil von 61,0% auf 57,8% zurück und bei den 35- bis 44jährigen sogar von 51,4% auf 45,3%. Demgegenüber wählten die 25- bis 34jährigen häufiger die SPD als 1972 (52,1% zu 52,8%). Daß hierbei das Hereinwachsen in eine andere Altersgruppe eine Rolle gespielt hat, kann nur vermutet werden. Überraschend ist auch das Wahlverhalten der über 59 Jahre alten Männer. Sie gaben der SPD häufiger ihre Zweitstimme als 1972 (45,0% gegenüber 44,1%). Damit wird gleichzeitig der bisherige Trend unterbrochen, daß der Stimmenanteil der SPD in der höchsten Altersgruppe am niedrigsten ist. Er ist jetzt in der Altersgruppe 45 - 59 Jahre niedriger (44,5%). Bei den Erststimmen gilt jedoch die bisherige Aussage weiterhin.

Untersucht man die Stimmabgabe der zusammengefaßten Geschlechter nach Altersgruppen, so stellt man fest, daß die SPD in allen Altersgruppen bis 44 Jahre mehr Stimmen bekommen hat als die CDU; bei den

Erststimmen sogar bis 59 Jahre. Bei den 45- bis 59jährigen ist der Zweitstimmenanteil gleich. Hier muß jedoch nochmals auf die Briefwähler hingewiesen werden. Könnten die Briefwähler einbezogen werden, so würde sich hier mit Sicherheit ein Stimmenvorsprung für die CDU ergeben. In den beiden Altersgruppen bis 34 Jahre erhielt die SPD sowohl bei den Erststimmen als auch bei den Zweitstimmen über die Hälfte der Stimmen. Von den 18- bis 24jährigen gaben 61,4% ihre Erststimme und 58,3% ihre Zweitstimme der SPD. Zur Bundestagswahl 1972 sind es 67,2% und 62,0% gewesen. In der Altersgruppe 35 - 44 Jahre hat die SPD ihre absolute Mehrheit verloren. Ihr Zweitstimmenanteil ging von 51,1% auf 45,2% zurück. Nur die ältesten Wähler stimmten häufiger für die SPD als 1972. Von ihnen gaben 45,5% gegenüber 44,3% ihre Zweitstimme der SPD.

Die CDU konnte bekanntlich ihren Stimmenanteil gegenüber 1972 verbessern. Der Stimmenzuwachs ist fast allein auf die 35- bis 44jährigen zurückzuführen und dabei besonders auf die Männer. In dieser Altersgruppe verbesserte sich die CDU um 5,1 Punkte, von 39,0% auf 44,1%. Von den Frauen gaben statt 39,7% jetzt 44,4% ihre Zweitstimme der CDU und von den Männern statt 38,2% jetzt 43,9%. Auch bei den jüngsten Wählern konnte die CDU ihren Stimmenanteil erhöhen. Er stieg bei den Zweitstimmen von 26,9% auf 28,8%. Er liegt aber immer noch deutlich unter den Anteilen der übrigen Altersgruppen. Demgegenüber

Anteile der Parteien an den gültigen Zweitstimmen

Altersgruppe	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfallen auf					
	SPD		CDU		FDP	
	1972	1976	1972	1976	1972	1976
Männer						
18 - 24	61,0	57,8	26,7	29,3	10,9	11,2
25 - 34	52,1	52,8	36,4	35,2	10,8	10,9
35 - 44	51,4	45,3	38,2	43,9	9,3	10,2
45 - 59	45,9	44,5	43,7	45,4	9,1	9,3
60 und älter	44,1	45,0	48,1	48,7	6,4	5,2
Zusammen	49,7	47,9	40,2	42,2	9,0	9,0
Frauen						
18 - 24	63,0	58,7	27,2	28,2	9,2	12,1
25 - 34	51,3	50,3	37,9	37,0	10,5	12,3
35 - 44	50,7	45,0	39,7	44,4	9,0	10,3
45 - 59	45,8	45,9	45,9	45,2	7,5	8,4
60 und älter	44,4	45,8	49,6	48,7	5,3	5,1
Zusammen	48,9	47,6	42,8	43,4	7,8	8,6
Männer und Frauen						
18 - 24	62,0	58,3	26,9	28,8	10,1	11,7
25 - 34	51,7	51,6	37,1	36,1	10,6	11,6
35 - 44	51,1	45,2	39,0	44,1	9,2	10,2
45 - 59	45,9	45,3	45,0	45,3	8,2	8,8
60 und älter	44,3	45,5	49,0	48,7	5,8	5,2
Insgesamt	49,2	47,7	41,6	42,8	8,3	8,8



stimmten die 25- bis 34jährigen und über 59 Jahre alten Wähler nicht so häufig wie 1972 für die CDU. Der Zweitstimmenanteil ging von 37,1% auf 36,1% und von 49,0% auf 48,7% zurück. Insgesamt ist die Tendenz erhalten geblieben, daß der Stimmenanteil der CDU mit wachsendem Alter ansteigt.

Die Frauen geben nach wie vor häufiger als die Männer der CDU ihre Stimme. Der Abstand hat sich aber weiter verringert. Von den Frauen gaben 43,4% ihre Zweitstimme der CDU und von den Männern 42,2%. Vor vier Jahren lautete das Verhältnis 42,8% zu 40,2%. In absoluten Zahlen ausgedrückt ist aber wegen des höheren Frauenanteils an der Gesamtzahl der Wähler immer noch ein deutlicher Abstand vorhanden. Von den Frauen erhielt die CDU 348 000 Zweitstimmen und von den Männern 289 000. Bemerkenswert ist, daß die Frauen in drei Altersgruppen nicht so häufig mit ihrer Zweitstimme für die CDU stimmten wie 1972. In der Altersgruppe 25 - 34 Jahre ging der Anteil von 37,9% auf 37,0% zurück, bei den 45- bis 59jährigen von 45,9% auf 42,2% und bei den über 59 Jahre alten Frauen von 49,6% auf 48,7%. Nur bei den jüngsten Wählerinnen und den 35- bis 44jährigen stieg der Zweitstimmenanteil von 27,2% auf 28,2% und von 39,7% auf 44,4%.

Die CDU konnte sich bei den Männern überdurchschnittlich verbessern. Das ist fast allein auf die schon erwähnte Altersgruppe 35 - 44 Jahre zurückzuführen. Relativ hoch ist auch noch der Zuwachs bei den jüngsten Wählern. Von ihnen gaben 29,3% statt 26,7% ihre Zweitstimme der CDU. Überraschenderweise entschieden sich die 25- bis 34jährigen Männer nicht so häufig wie 1972 für die CDU. Hier sank der Zweitstimmenanteil von 36,4% auf 35,2%.

Die CDU erhielt sowohl von den Männern als auch von den Frauen mehr Erst- als Zweitstimmen. Der Anteil der Kombinationswähler ist jedoch nicht so hoch wie bei der SPD. Weitere Ausführungen hierzu werden im letzten Abschnitt gemacht.

Die FDP schneidet in den jüngeren Jahrgängen besser ab als in den älteren. Ihre Anteile sind in den Altersgruppen bis 44 Jahre überdurchschnittlich. Hier erhielt sie über ein Zehntel der Zweitstimmen und von den über 59 Jahre alten Wählern nur ein Zwanzigstel. Die Anteile der FDP sinken mit steigendem Alter. Die Männer stimmten etwas häufiger (9% der Zweitstimmen) für die FDP als die Frauen (8,6% der Zweitstimmen). Der Abstand hat sich aber so verringert, daß von der Anzahl her mehr Frauen (69 000) ihre Zweitstimme der FDP gaben als Männer (62 000). Den Zuwachs an Zweitstimmen verdankt die FDP

den Frauen; während der Anteil der Männer nämlich gegenüber 1972 unverändert geblieben ist, stieg der der Frauen um 0,8 Punkte. Besonders hoch war der Anstieg bei den jüngsten Frauen (plus 2,9 Punkte). Die FDP erhielt sowohl von den Männern als auch von den Frauen mehr Zweit- als Erststimmen. Der Anteil der Kombinationswähler ist aber nicht mehr so hoch wie 1972.

Die Stimmenanteile der übrigen Parteien sind so geringfügig, daß eine einigermaßen sichere Aussage nicht gemacht werden kann.

### Wählerstruktur

Im vorangegangenen Abschnitt wurde die Stimmenverteilung jeweils innerhalb einer Altersgruppe oder eines Geschlechts beobachtet. Geht man jedoch von der Gesamtstimmenzahl einer Partei aus und fragt, von welchen Altersgruppen und von welchem Geschlecht die Stimmen gekommen sind, so ergibt sich ein anderes Bild. Das liegt daran, daß die Altersgruppen unterschiedlich besetzt sind und vor allem daran, daß die Zahl der Frauen größer ist als die der Männer. Ihr Anteil macht 54,1% aus und der der Männer entsprechend 45,9%. Da die Wahlbeteiligung der Frauen etwas geringer ist, verschiebt sich die Relation bei den Wählern auf 53,9% zu 46,1%.

Die Altersstruktur der Wähler zeigt die nachfolgende Tabelle. Wie leicht zu sehen ist,

Aufteilung der gültigen Zweitstimmen der Parteien

Altersgruppe	Von den Wählern der ... sind						Von allen Wählern sind	
	SPD		CDU		FDP		in 1 000	%
	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%		
	Männer							
18 - 24	45	6,3	23	3,6	9	6,7	78	5,2
25 - 34	68	9,6	46	7,1	14	10,8	130	8,7
35 - 44	73	10,2	70	11,0	16	12,5	161	10,7
45 - 59	65	9,2	67	10,4	14	10,4	147	9,8
60 und älter	78	10,9	84	13,2	9	6,9	174	11,6
Zusammen	329	46,3	289	45,4	62	47,2	689	46,1
	Frauen							
18 - 24	44	6,2	21	3,3	9	6,9	76	5,1
25 - 34	61	8,6	45	7,1	15	11,5	122	8,2
35 - 44	69	9,8	69	10,8	16	12,1	155	10,3
45 - 59	84	11,8	82	12,9	15	11,7	183	12,2
60 und älter	123	17,3	131	20,6	14	10,6	271	18,1
Zusammen	382	53,7	348	54,6	69	52,8	807	53,9
	Männer und Frauen							
18 - 24	89	12,5	44	6,9	18	13,6	154	10,3
25 - 34	130	18,2	91	14,2	29	22,2	252	16,8
35 - 44	142	20,0	139	21,8	32	24,6	316	21,1
45 - 59	149	20,9	149	23,3	29	22,1	330	22,1
60 und älter	201	28,3	215	33,7	23	17,5	445	29,7
Insgesamt	710	100	637	100	131	100	1 496	100

fallen besonders die jüngste und die älteste Gruppe aus dem Rahmen. Ein Zehntel der Wähler ist 18 - 24 Jahre alt und drei Zehntel 60 Jahre und älter. Einem jungen Wähler stehen also drei alte Wähler gegenüber. Bei den Frauen lautet das Verhältnis sogar 1 : 4 und bei den Männern 1 : 2. Ein hoher Stimmenanteil bei den alten Wählern hat also ein viel größeres Gewicht als bei den jungen Wählern. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen. Die SPD erhielt von den 18- bis 24jährigen Frauen 58,7% der Zweitstimmen dieser Altersgruppe, von den über 59 Jahre alten Frauen nur 45,8%; der Anzahl nach sind es aber 44 000 und 123 000 Stimmen.

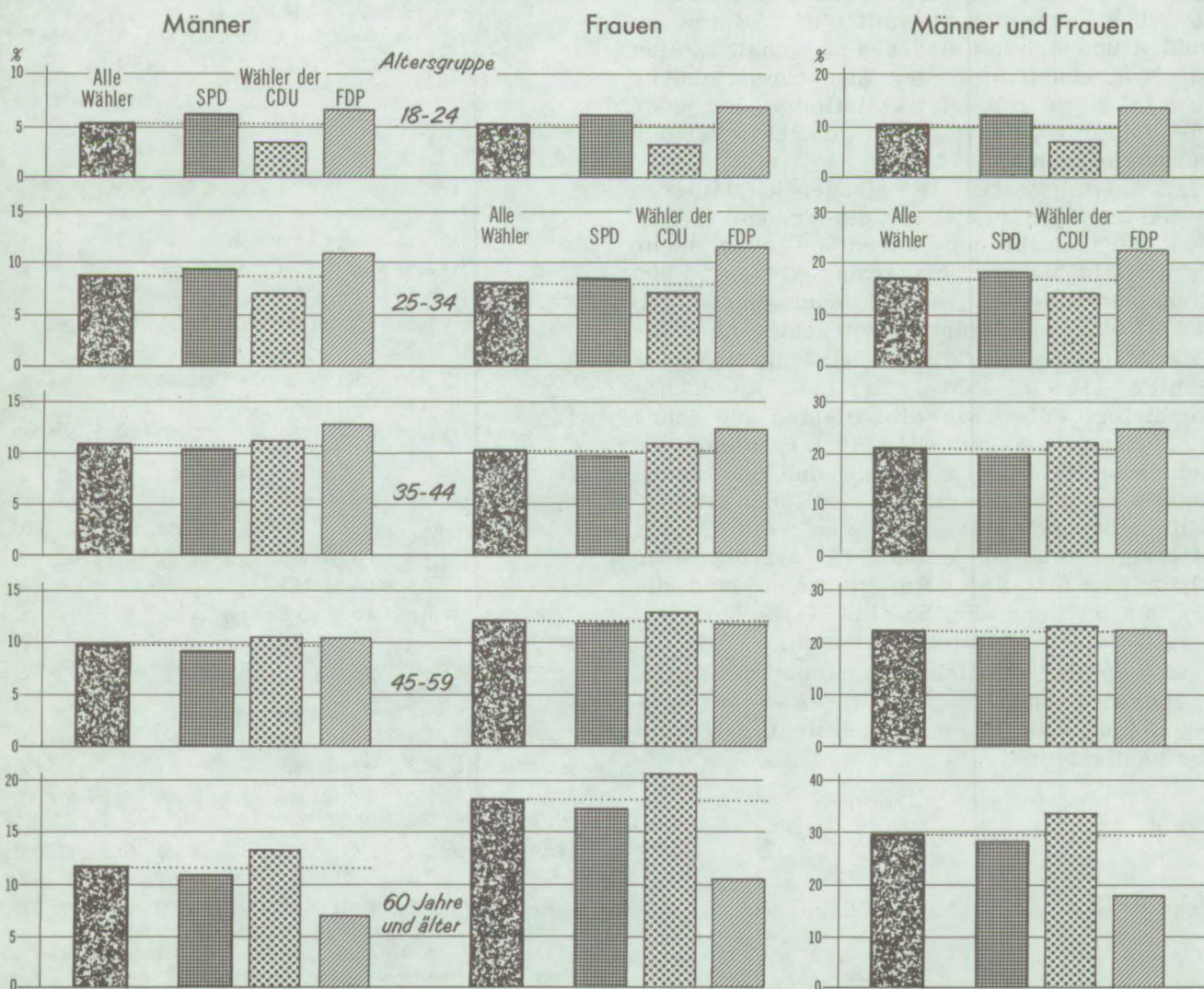
Die Wähler der SPD sind überwiegend Frauen. Das ist erstmals bei der Bundestagswahl 1969 der Fall gewesen. Unter Zugrundelegung der Zweitstimmen sind 53,7% der SPD-Wähler

Frauen und entsprechend 46,3% Männer. Damit entspricht der Anteil der SPD-Wählerinnen beinahe dem Gesamtanteil der Wählerinnen (53,9%). Die Zweitstimmenwähler bis 45 Jahre machen über die Hälfte der SPD-Wähler aus, davon entfallen reichlich die Hälfte auf die Männer und knapp die Hälfte auf die Frauen. Die SPD weist in den Jahrgängen bis 34 Jahre einen überdurchschnittlichen Anteil auf.

Die Wählerschaft der CDU besteht nach wie vor überwiegend aus Frauen. Berücksichtigt man nur die Zweitstimmen, so sind 54,6% der CDU-Wähler Frauen und entsprechend 45,4% Männer. Dieser Anteil ist im Verhältnis zum Gesamtanteil der weiblichen Wähler überdurchschnittlich, während er bei den Männern unterdurchschnittlich ist. Bei den letzten Bundestagswahlen (1972 = 55,0%, 1969 = 58,1%) war der Frauenanteil der CDU jedoch noch

D - 4822

### Bundestagswahl 1976 - Wählerstruktur



höher gewesen. Überdurchschnittliche Anteile finden sich bei der CDU in den Altersgruppen ab 35 Jahre, und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Diese Altersgruppen stellen insgesamt acht Zehntel der CDU-Wähler. Auf die Männer entfällt reichlich ein Drittel und auf die Frauen gut vier Zehntel. Die CDU-Wählerschaft ist dagegen in den jüngeren Jahrgängen deutlich unterrepräsentiert. Knapp drei Zehntel aller Wähler sind unter 35 Jahre alt, aber nur ein Fünftel der CDU-Wähler.

Bei den Wählern der FDP überwiegen erstmals die Frauen. Ihr Anteil an der Wählerschaft der FDP erhöhte sich gegenüber 1972 von 49,8% auf 52,8%. Er liegt aber immer noch unter dem Durchschnitt. Besonders überdurchschnittlich ist der FDP-Zweitstimmenanteil bei den Wählern zwischen 25 und 35 Jahren.

### Kombinationswähler

Der Wähler hat seit der Einführung der zweiten Stimme (Bundestagswahl 1953) die Möglichkeit, einem Kandidaten der Partei A seine Erststimme und der Partei B seine Zweitstimme zu geben oder auch nur mit einer Stimme zu wählen und sich der anderen zu enthalten. Von der Möglichkeit, mit der Erststimme anders zu wählen als mit der Zweitstimme, hat jeder 16. Wähler (6,3%) Gebrauch gemacht. Bei der Bundestagswahl 1972 ist es fast jeder 10. Wähler gewesen. Die Männer kombinieren etwas häufiger (6,8%) als die Frauen (5,9%). Von der Anzahl her waren es aber mehr Frauen als Männer. Insgesamt gibt es 95 000 Kombinationswähler, 48 000 davon sind Frauen und 47 000 sind Männer. Betrachtet man die Altersgruppen, so fällt auf, daß die jüngsten Wähler (18 - 24 Jahre) dreimal so häufig kombiniert haben wie die ältesten (60 Jahre und älter). Wegen der unterschiedlichen Besetzung der Altersgruppen sind die beiden Anteile an der Gesamtzahl der Kombinationswähler dennoch fast gleich groß: die 18- bis 24jährigen stellen knapp 16% und die über 59jährigen fast 15%. Am stärksten sind die 25- bis 34- und die 35- bis 44jährigen mit jeweils einem Viertel vertreten.

Fast jede der möglichen Kombinationen - bei 6 Parteien und "ungültig": 42 - ist vorgekommen. Die folgende Übersicht zeigt die fünf häufigsten:

	Erststimme	Zweitstimme	in %
1.	SPD	FDP	43,4
2.	FDP	SPD	15,6
3.	CDU	FDP	10,7
4.	CDU	SPD	6,4
5.	SPD	CDU	5,8

Wie man sieht, dominiert deutlich die Kombination SPD/FDP. Über vier Zehntel der Kombinationswähler haben mit der Erststimme die SPD und mit der Zweitstimme die FDP gewählt. Bei der Bundestagswahl 1972 ist es sogar über die Hälfte gewesen. Alle anderen Kombinationen fallen deutlich ab. An zweiter Stelle liegt mit knapp einem Sechstel die Kombination FDP/SPD, gefolgt von der Kombination CDU/FDP mit gut einem Zehntel. Der Anteil dieser beiden Kombinationen ist höher als 1972. Die Rangfolge der Kombinationen ist jedoch die gleiche wie 1972. Auch zwischen Männern und Frauen ergibt sich fast die gleiche Rangfolge. Allerdings dominierten bei den Männern noch stärker als im Durchschnitt die Wähler, die ihre Erststimme der SPD und ihre Zweitstimme der FDP gegeben haben. Auch bei den jüngsten und ältesten Wählern liegt jeweils die Kombination SPD/FDP an der Spitze, jedoch mit dem Unterschied, daß ihr Anteil bei den jüngsten doppelt so hoch ist (48,8%) wie bei den ältesten (24,4%). Interessant ist auch, daß von jedem siebenten der ältesten Kombinationswähler die Erststimme ungültig war und die Zweitstimme für die SPD abgegeben

Die Kombinationswähler unter den Wählern von SPD, CDU und FDP

Zweitstimme für	Erststimme für						Insgesamt
	SPD		CDU		FDP		
	Anzahl	zus. = 100	Anzahl	zus. = 100	Anzahl	zus. = 100	
Männer							
SPD	317 400	92,5	2 700	0,9	6 500	15,2	328 600
insges. = 100	96,6		0,8		2,0		100
CDU	2 700	0,8	283 200	97,1	+	+	289 200
insges. = 100	0,9		97,9		+		100
FDP	22 200	6,5	5 100	1,7	34 200	79,7	61 900
insges. = 100	35,9		8,2		55,1		100
zusammen	343 100	100	291 500	100	42 900	100	689 300
Frauen							
SPD	366 900	94,2	3 400	1,0	8 300	15,0	381 600
insges. = 100	96,1		0,9		2,2		100
CDU	2 700	1,0	341 600	97,4	+	+	348 100
insges. = 100	0,8		98,1		+		100
FDP	19 100	4,9	5 200	1,5	44 400	80,7	69 100
insges. = 100	27,7		7,5		64,2		100
zusammen	389 500	100	350 600	100	55 000	100	806 900
Männer und Frauen							
SPD	684 200	93,4	6 100	1,0	14 800	15,1	710 200
insges. = 100	96,3		0,9		2,1		100
CDU	5 500	0,7	624 800	97,3	4 200	4,3	637 300
insges. = 100	0,9		98,0		0,7		100
FDP	41 300	5,6	10 200	1,6	78 600	80,3	131 000
insges. = 100	31,6		7,8		59,9		100
zusammen	732 600	100	642 200	100	97 900	100	1 496 300

Ein Kreuz (+) bedeutet, daß die Stichprobenbasis zu klein ist, um eine fundierte Aussage machen zu können



wurde, während es bei den jüngsten Kombinationswählern nur 2,3% gewesen sind.

Fragt man nach dem Gewicht, das diese Kombinationswähler für eine Partei haben, so stellt man fest, daß es nur für die FDP relativ groß gewesen ist. Von den 131 000 Zweitstimmenwählern der FDP gaben 41 000 oder drei Zehntel ihre Erststimme der SPD. Umgekehrt bedeutet dies für die SPD, daß 5,6% ihrer Erststimmenwähler mit der Zweitstimme FDP gewählt haben. Bei der Bundestagswahl 1972 ist das Gewicht bedeutend größer gewesen. Damals gaben fast sechs Zehntel der Zweitstimmenwähler der FDP ihre Erststimme der SPD und knapp ein Zehntel der Erststimmenwähler der SPD ihre Zweitstimme der FDP. Andererseits haben von den 98 000 Erststimmenwählern der FDP 15 000 oder 15,1% mit der Zweitstimme für die SPD gestimmt oder 2,1% der Zweitstimmenwähler der SPD mit der Erststimme für die FDP. Alle anderen Kombinationen fallen weniger ins Gewicht.

Fast 94% oder 1,4 Millionen der 1,5 Millionen Wähler haben mit ihrer Erst- und Zweitstimme

gleich abgestimmt. Überdurchschnittlich war sowohl der Anteil bei der CDU als auch bei der SPD. Von 100 Zweitstimmenwählern der CDU gaben nämlich 98 auch ihre Erststimme dieser Partei, und bei der SPD sind es 96 gewesen. Während der Anteil der männlichen und weiblichen CDU-"Doppelwähler" fast gleich groß ist, ist der Anteil der männlichen SPD-"Doppelwähler" etwas größer als der der weiblichen. Die Relationen haben sich gegenüber 1972 nicht oder nur unwesentlich verschoben.

Deutlich unterscheiden sich davon die "Doppelwähler" der FDP. Nur sechs Zehntel der Zweitstimmenwähler der FDP gaben auch ihre Erststimme dieser Partei. Bei den Männern sind es 55% und bei den Frauen 64%. Im Vergleich zu 1972 haben sich die Anteile stark verändert. Damals gaben nur ein Drittel der Zweitstimmenwähler der FDP auch ihre Erststimme dieser Partei.

Walter Dahms

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht B VII 1 - 6/76. Vergleiche auch: "Die Bundestagswahl 1972 in Schleswig-Holstein, Teil 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht" in dieser Zeitschrift, Heft 2/1973, S. 26

## Kurzberichte

### Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung

Das Gesetz über Umweltstatistiken (GU) vom 15. 8. 1974 (BGBl. I S. 1938) schreibt in § 7 vor, daß alle zwei Jahre die für die öffentliche Energieversorgung tätigen Wärmekraftwerke Angaben über Gewinnung und Bezug von Wasser sowie - getrennt nach Kühlwasser und sonstigem Abwasser - über Menge, Rückkühlung, Behandlung und Beseitigung des Abwassers machen müssen. Außerdem sind Daten über Kreislaufwasser und Mehrfachnutzung einzuholen. Kraftwerke von Industriebetrieben, die neben der Erzeugung für den Eigenbedarf auch Strom ans öffentliche Netz abgeben, sind im Berichtskreis nicht enthalten. Die Erhebung war ebenso wie die anderen Umweltstatistiken erstmalig für das Jahr 1975 zu erstellen.

Das Ergebnis für Schleswig-Holstein liegt jetzt vor. Meldepflichtig waren hier nach Maßgabe des Sitzes der Produktionsstätte dreizehn Betriebe. Vier von diesen Werken erzeugten den Strom mit Gasturbinen oder Gasmotor, die übrigen mit Wasserdampfturbinen. Ein Kernkraftwerk war 1975 in Schleswig-Holstein für die öffentliche Energieversorgung noch nicht in Betrieb. Von den dreizehn auskunft-

pflichtigen Betrieben befinden sich sechs im Wassereinzugsgebiet Elbe. Die übrigen liegen in dem anderen der für Schleswig-Holstein für diese Statistik vorgesehenen Wassereinzugsbereiche, nämlich "Küstenflußgebiete und Marschen". Kriterium für die Zuteilung der Kraftwerke zu den einzelnen Wassereinzugsgebieten ist das Ziel der natürlichen Entwässerung. Die insgesamt siebzehn für das Bundesgebiet und Westberlin festgelegten Einzugsgebiete werden also durch die Wasserscheiden voneinander abgegrenzt. Man erreicht dadurch bei Zusammenführung der Länder- zu Bundesergebnissen entsprechende Aussagen über die einzelnen Flußgebiete.

Die Ergebnisse für Schleswig-Holstein zeigen, daß das Wasseraufkommen der Wärmekraftwerke (1975 zusammen 1,036 Milliarden m<sup>3</sup>) nahezu vollständig (99,9 %) aus Oberflächenwasser stammte, das sie selbst gewonnen haben. Von den dreizehn untersuchten Betrieben hatten drei kein nennenswertes Wasseraufkommen. Diese drei Betriebe gehörten zu den sechs im Wassereinzugsgebiet der Elbe befindlichen. Dennoch lieferte die



Wasseraufkommen und Abwasserableitung der Wärmekraftwerke in 1 000 m<sup>3</sup>

Wassereinzugsgebiet Ableitung in ...	Zahl der Be- triebe	Wasseraufkommen					Abwasserableitung				
		ins- gesamt	Eigengewinnung <sup>1</sup>		Fremdbezug		ins- gesamt <sup>2</sup>	Kühlwasser		nach Nutzung im eigenen Betrieb	
			aus Grund- wasser	aus Ober- flächen- wasser	aus dem öffent- lichen Netz	von and. Betrie- ben und Ein- richtungen über nicht- öffentliche Leitungen		ohne Rück- kühlen	nach Rück- kühlen	ohne Behan- deln	nach dem Behan- deln
Küstenflußgebiete und Marschen öffentliche Kanalisation Gewässer oder Untergrund	7	505 566	1 029	503 344	1 193	-	504 877	504 239	-	114	523
Flußgebiet Elbe öffentliche Kanalisation Gewässer oder Untergrund	6	530 557	656	529 865	34	2	530 029	529 834	36	51	108
<b>Insgesamt</b>	<b>13</b>	<b>1 036 123</b>	<b>1 685</b>	<b>1 033 209</b>	<b>1 227</b>	<b>2</b>	<b>1 034 906</b>	<b>1 034 073</b>	<b>36</b>	<b>165</b>	<b>631</b>
öffentliche Kanalisation	.						160	5	36	41	78
Gewässer oder Untergrund	.						1 034 746	1 034 068	-	124	553

1) Wasseraufkommen aus Quellwasser lag nicht vor

2) Ohne Nutzung wurde kein Wasser abgeleitet

Elbe über die Hälfte (51 %) des gesamten Wasseraufkommens. Neben der Eigengewinnung aus Oberflächenwasser sind hinsichtlich des Wasseraufkommens lediglich der Fremdbezug aus dem öffentlichen Netz mit zusammen 1,23 Millionen m<sup>3</sup> und die Eigengewinnung aus Grundwasser mit 1,69 Millionen m<sup>3</sup> zu nennen.

Zur Verdeutlichung der Relationen sei erwähnt, daß die Wasserförderung der in Schleswig-Holstein stationierten Wasserwerke, die zum Teil auch Hamburg versorgen, im Jahre 1975 laut Angabe des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bei 183 Mill. m<sup>3</sup> lag. Von diesem Aufkommen haben die Wärmekraftwerke also nur 0,7 % beansprucht, während andererseits das von den Kraftwerken eigengewonnene Oberflächenwasser fast das sechsfache des Aufkommens der Wasserwerke ausmachte. Es darf vermutet werden, daß diese Relation im Bundesgebiet anders aussieht, weil in anderen Bundesländern das Abwärmeproblem noch gravierender ist und deshalb dort in stärkerem Ausmaß geschlossene Kühlsysteme und Kühltürme eingesetzt werden, wodurch das für die Kühlung benötigte Wasseraufkommen geringer gehalten wird.

Der Verwendungszweck des Wasseraufkommens der Wärmekraftwerke lag erwartungsgemäß fast ausschließlich (99,8%) in der betrieblichen Nutzung als Kühlwasser, wozu wiederum fast ausschließlich das Oberflächenwasser diente. Nicht ganz eine Million m<sup>3</sup> des Aufkommens wurden für die Kreislaufsysteme (Kühl- und

Kesselspeisewasser) als Zusatzwasser oder zur Erstfüllung verwendet. Eine halbe Mill. m<sup>3</sup> des Wasseraufkommens wurde zur Nutzung an Dritte weitergegeben.

Bei der Aufgliederung des gesamten von den Kraftwerken abgeleiteten Wassers hinsichtlich der vorhergegangenen Nutzung ergab sich für den Anteil des Kühlwassers am gesamten Abwasser zwangsläufig wiederum ein Prozentsatz von nahezu 100. Das Kühlwasser lief fast ausschließlich ohne Rückkühlung und unmittelbar in das Entnahmegewässer zurück.

In die öffentliche Kanalisation wurden insgesamt 160 000 m<sup>3</sup> abgeleitet, wovon 36 000 m<sup>3</sup> vorher rückgekühlt wurden und 119 000 m<sup>3</sup> aus anderer als der Kühlnutzung stammten. In das Entnahmegewässer oder den Untergrund wurden außer den genannten Kühlwassermengen auch etwa 680 000 m<sup>3</sup> abgeleitet, die nicht zur Kühlung gedient hatten.

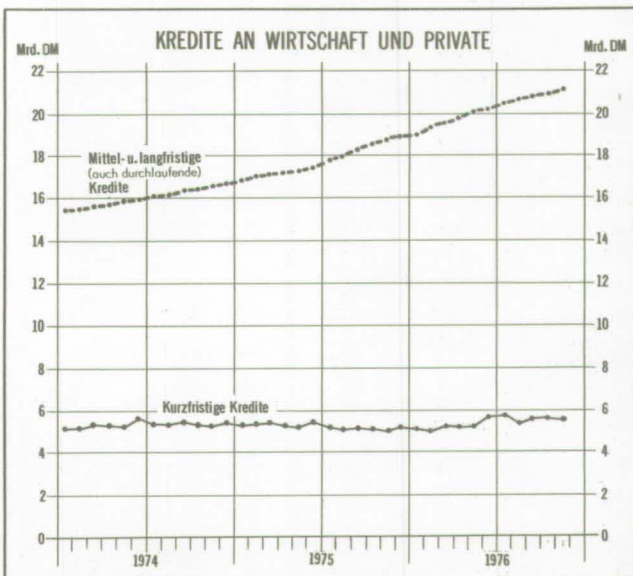
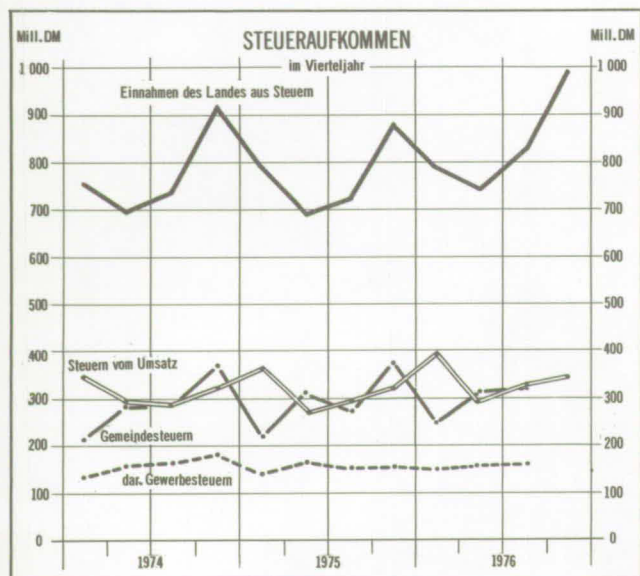
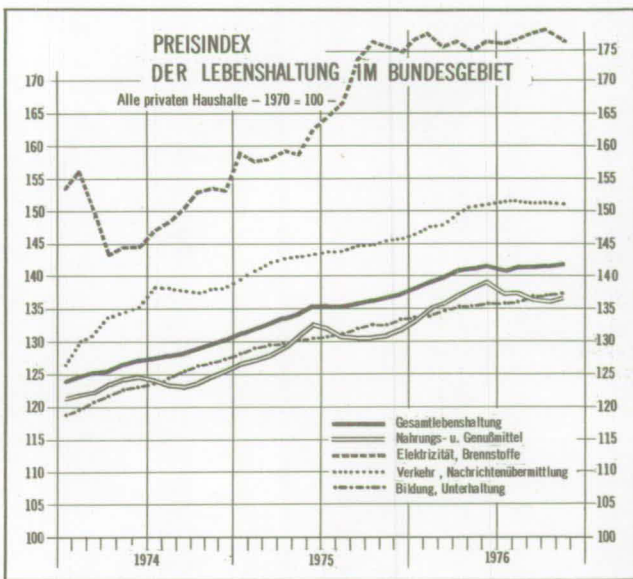
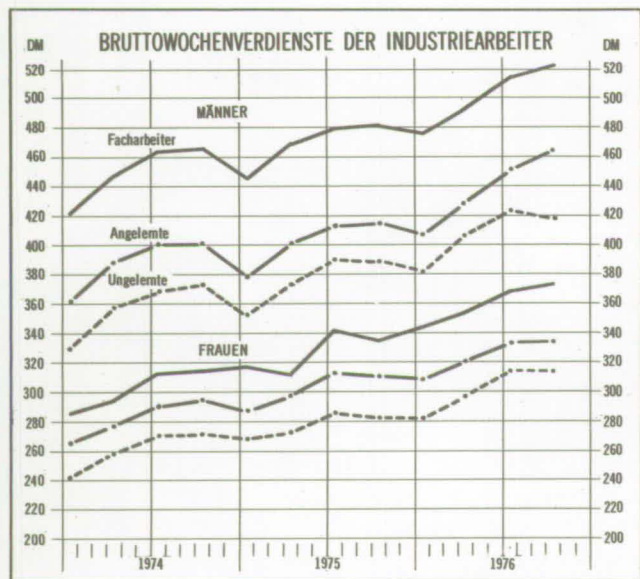
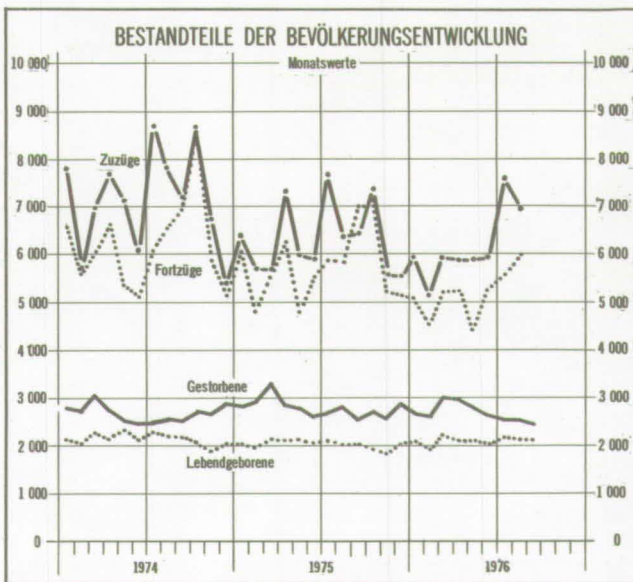
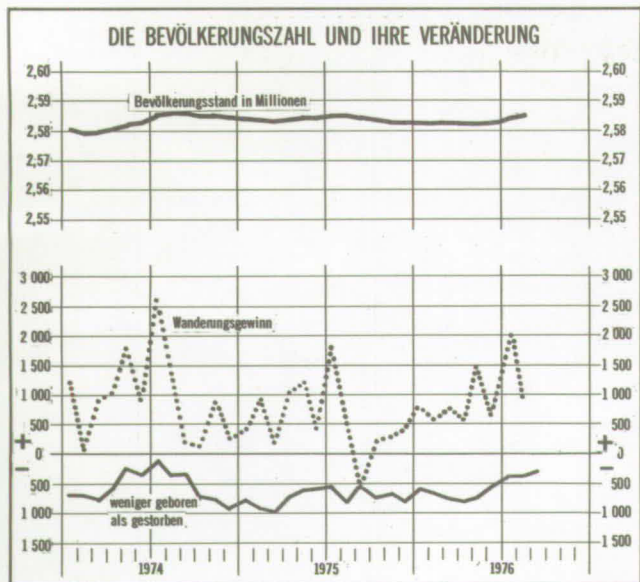
Die ermittelten Ergebnisse sind hinsichtlich ihrer Genauigkeit mit Vorsicht zu betrachten, weil die Kreis- und Durchlaufwassermengen zum Teil auf Schätzungen beruhen und weil bei dieser Erhebung erst Erfahrungen gesammelt werden mußten. Es bleibt abzuwarten, wie die Relation zu Bundesdaten und zur nächsten Statistik dieser Art ist, die für das Jahr 1977 zu erstellen sein wird und dann wohl auch Kernkraftwerke enthalten wird.

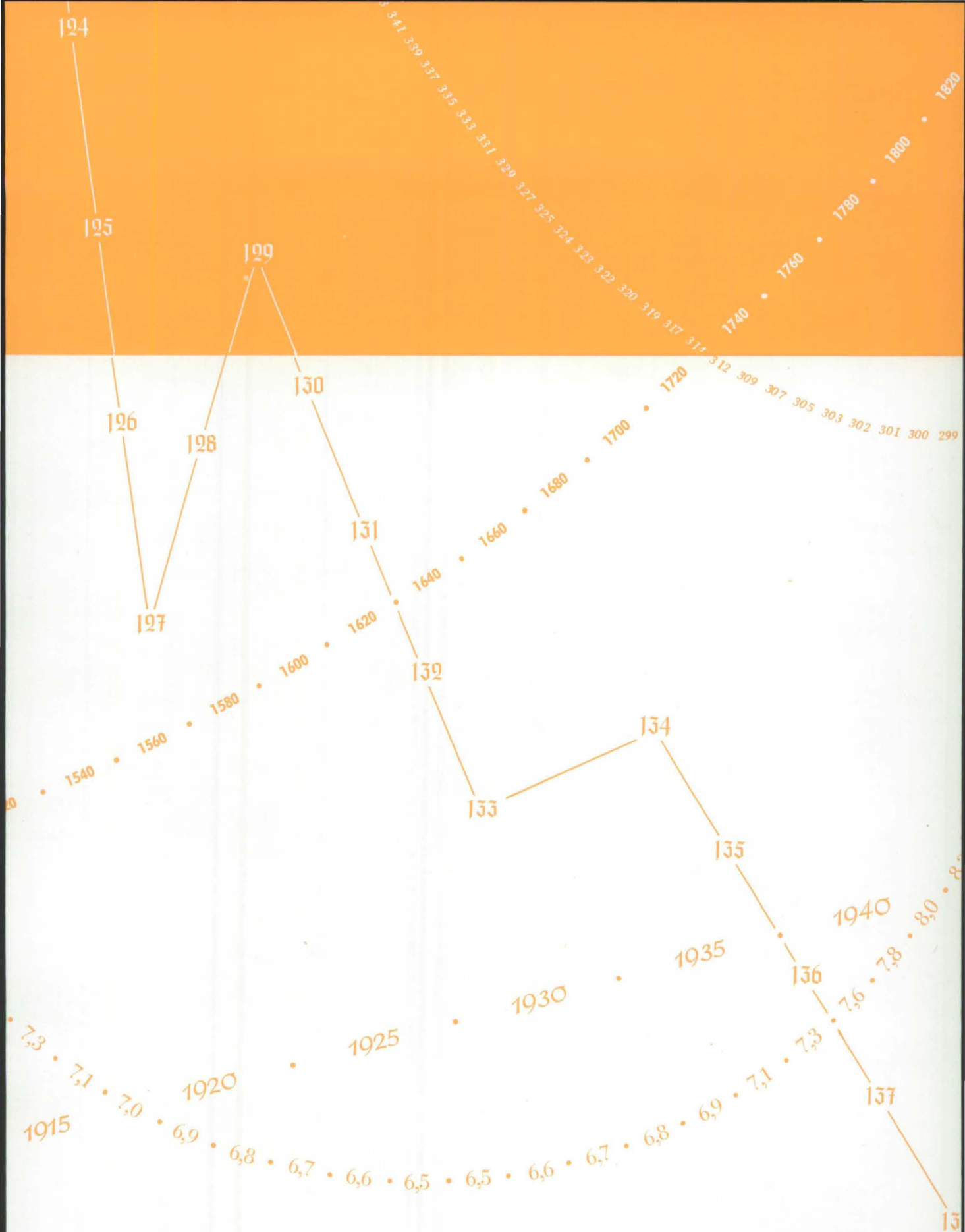
Bernd Struck

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht Q-1 2

# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41  
 Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann  
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750  
 Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen